

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petritze 10 Pf., Baum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 7.

Donnerstag, den 9. Januar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der preußische Wahlrechtskampf.

Berlin, 5. Januar. Die sozialdemokratische Partei beruft für den 9. Januar, den Vorabend der Besprechung des freisinnigen Antrages auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen große Volksversammlungen ein.

Dass das elendste aller Wahlsysteme, das bald das Jubiläum sechzigjähriger Lebensfähigkeit feiert, nunmehr auch in Preußen dem Untergang verfällt, daran ist nicht zu zweifeln. Seitdem die breiteren Schichten des preußischen Volkes sich für Preußen zu interessieren beginnen, seitdem sie erkennen, dass in Deutschland keine irgendwie freie Entwicklung möglich ist, ehe nicht Breite in die feste Mauer der Junkerbürg geschlagen wird; seitdem anderseits die Staaten südlich der Mainlinie ihre Gesetzgebung auf das gleiche Wahlrecht gestellt haben und so bereits „moralische Eroberungen“ im nördlichen Deutschland unternommen, seitdem auch in Hessen und sogar in Sachsen die bisherigen Wahlsysteme preisgegeben sind — seit dem Eintritt dieser Erscheinungen und Tatsachen wird sich auch Preußen dem Fluss der Dinge nicht mehr lange zu widerlegen imstande sein. Preußen, das 1866 den Kampf des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für den norddeutschen Bund ausspielte, um sich der Volksgunst zu verwirren, es würde die Gefahr der drohend auftretenden Unpopulärität im Norden wie im Süden fürchten müssen, wenn es dabei beharren wollte, angefüllt einer modernen Gestaltung der politischen Beziehungen im übrigen Reiche die Abnormalität des Klassenwahlsystems beizubehalten. Der schlaue Freiherr v. Biedig hat recht wohl gewusst, was kommen müsse, als er sich vor einigen Jahren so überaus unwillig gegen die Wahlrechtsreformen in Baden, Württemberg und Bayern wehrte, er wusste, dass Preußen nicht auf die Dauer hinter allen anderen deutschen Staaten zurückbleiben könnte.

Gleichwohl verhehlt sich am wenigsten die Sozialdemokratie, dass noch schwere Kämpfe durchgekämpft werden müssen, um die Mützenklübe zu überwinden, die den Entwicklung den Weg sperren. Sie verhehlt sich nicht minder, dass die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems mit indirekter Wahl und offener Stimmenabgabe noch lange nicht ohne weiteres Herbeiführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bedeutet. Ist schon zur Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems die Mittbewegung des Junkertrosses nötig, der auf keinen Fall die Schmälerung oder gar Verstärkung seiner glänzenden Machtposition im Landtag dulden will, so sträubt sich gegen das gleiche Wahlrecht nicht nur der Junker, sondern ebenso der Großindustrielle wie auch das mittelständische Innungsmeisterum und alle die Mittelschichten, die das Proletariat und die Sozialdemokratie noch weit mehr fürchten und hassen als das plutokratische Wahlrecht.

Dazu kommt im gegenwärtigen Moment noch eine besondere Er schwerung des Wahlrechtskampfes: Die Blockpolitik im Reichstag. Freilich hat der Freisinn die von ihm erhobene Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für Preußen niemals nachdrücklich vertreten, und er konnte sich wenigstens mit einem Schein von Recht darauf berufen, dass im Volke zu wenig Interesse für diese Angelegenheit vorhanden gewesen sei. Jetzt aber in dieses Interesse erwartet, jetzt ist eine anschwellende Volksbewegung da, und der Liberalismus hätte jetzt die Möglichkeit, seiner Forderung erheblichen Nachdruck zu geben. Jedoch, er ist in die Nähe Bülow gegangen, er will es mit dem Block versuchen. Der Block aber, der in erster Linie die „nationalen Forderungen“ der Reichspolitik tragen soll, drückt zugleich auf jeden Versuch einer lebendigeren Regung des Freisinns in der preußischen Politik. Als Naumann im Sommer die Fanfare des allgemeinen, gleichen Wahlrechts blies, erschraken weniger die Konservativen, um so mehr die Freisinnigen von der Bössischen Couleur, und Naumann selbst war bald genötigt, seine Kriegstrompete Ton um Ton herabzumildern. Blockpolitik im Reich, d. h. Paarung mit Konservativen und Agrariern, und zugleich in Preußen ernste Wahlrechtsbewegung, der Widerspruch ist ein absoluter, durch keinerlei Kompromiss zu überbrückender; denn jede ernste Wahlrechtsbewegung in Preußen hat zum Todfeind die konservative Partei. Auf dem letzten konservativen Delegiertenstag am 11. Dezember erklärte Freiherr v. Mantenau: Niemals werde seine Partei am preußischen Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts rütteln lassen oder gar für Preußen das Reichstagswahlrecht annehmen. Was soll der unglaubliche Freisinn da tun? Die „Kreuzzeitung“ erklärte ihn vor einigen Tagen, die Auflösung einer parteidemokratischen Streitfrage wie die des preußischen Wahlrechts bedeute

„direkte Antikapitalpolitik“. Es sei „durchaus wünschenswert, dass alle am Block beteiligten und an seinem Bestande interessierten Parteien sich gegenüber dem agitatorischen Drängen auf eine Änderung der Wahlkreise oder des Wahlrechts in Preußen ablehnend verhalten“. Der Freisinn mag sich eine ganze Welle kläglich krümmen und winden, aber einmal muss er die Frage entscheiden: Entweder Verdikt auf „jedes agitatorische Drängen“ in der Wahlrechtsfrage oder Auseinandersetzung des Blocks. Am 10. Januar soll der freisinnige Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen im Abgeordnetenhaus nach langen Verschleppungen endlich zur Beratung gelangen. Da wird es sich zeigen, ob der Freisinn seine Forderungen lediglich erhebt, um einem alten Versprechen äußerlich nachzukommen, oder ob diese Beratung der Beginn einer Aktion sein soll, die einigermaßen den Namen eines Wahlrechtskampfes verdient. Es wird sich zeigen, ob im bürgerlichen Liberalismus diejenigen Elemente siegen, die selbst um den Schein der Teilnahme an der Regierungsfähigkeit den völligen Befall am gleichen Wahlrecht zu vollbringen bereit sind.

Alle diese hier angedeuteten Schwierigkeiten des Wahlrechtskampfes führen jedoch auf einen letzten allgemeinen Grund zurück: Noch immer ist, im Verhältnis zu der ungeheueren Wichtigkeit des Problems und zu den außerordentlichen Schwierigkeiten seiner Lösung, das preußische Volk sehr weit entfernt von der erforderlichen Anteilnahme und Aufmerksamkeit in den preußischen Dingen. Ganz gewiss hat sich in den wenigen Jahren, seit sich die Sozialdemokratie mit der preußischen Politik beschäftigt, schon ein erheblicher Umschwung vollzogen. Zehntausende, Hunderttausende haben allgemein begonnen, die wichtigsten Fragen, die der Landesgesetzgebung unterstellt sind, zu würdigen und zu erkennen, dass das preußische Klassenwahlsystem zu Fall gebracht werden muss, wenn Preußen und das Reich moderne Kulturstaaten werden sollen. Doch das alles ist erst noch im Beginn, und es bedarf andauernder, zäherer Tatkräft, um diese große Aufklärungs- und Aufreißungsarbeit weiterzuführen. In der preußischen Arbeiterschaft hat allzusehr eine übermäßige Vorstellung von den Möglichkeiten des Reichstagswahlrechts geherrscht, und diejenigen Volkschichten, die bisher auch bei Reichstagswahlen anderen Parteien zuließen und gegen die Sozialdemokratie verhehlt sind, sind erst recht schwer für die preußische Wahlrechtsfrage in Bewegung zu bringen, weil, wie die Dinge stehen, Eintreten in den Wahlrechtskampf zugleich mindestens ein gewisses Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie bedeuten würde. Wir müssen uns also klar sein, dass diese große preußische Aufgabe nicht etwa durch einen Handstreich zu lösen ist. Es gilt vorerst, noch weit mehr als bisher, Stimmung gegen die Reaktionssmacht, die durch das Dreiklassenwahlsystem besteht, zu erzeugen, keine Gelegenheit zu verpassen, bei der das rückständige, kulturwidrige, volksfeindliche Treiben des Abgeordnetenhauses den weitesten Volkskreisen zum Bewusstein gebracht werden kann. Es wäre ein taktischer Irrtum, wollten wir nur immer sagen: Wahlrecht! Wahlrecht! Es müssen die bedeutsamsten Spezialfragen der Landesgesetzgebung und des Verwaltungswesens umfassend und großzügig in die Agitation gebracht werden, damit die Masse des Volkes immer mehr begreifen lernt, welche Überfülle positiver Kulturfähigkeit in Preußen zu vollbringen sein wird, sobald ein freies Wahlrecht den Weg eröffnet. Nicht früh und nicht umsichtig genug können die Vorbereitungen für die nächsten Landtagswahlen getroffen werden.

Welcherlei Erklärungen auch der preußische Ministerpräsident am 10. Januar bei Besprechung des Wahlrechtsantrages abgeben wird, sie werden geeigneten Anlass für unsere Agitationsarbeit bieten. Wir werden sie in unserer Presse sowie in Versammlungskundgebungen ausüben. Wir werden keinen Mangel an Material und aktuellen Geschehnissen haben. Wir werden die Angriffsbewegung gegen das preußische Reaktionsbollwerk aufs stets sich verbreiternder Basis und mit stets sich erneuernder Nachdrücklichkeit zu führen imstande sein.

Es ist leicht möglich, dass auch die preußische Regierung, sobald sie das Dreiklassenwahlsystem aufgeben muss, einen Notausgang durch das Pluralsystem suchen wird, und die preußischen Nationalliberalen fordern bekanntlich in ihrem Wahlrechtsantrag dieses Systems, das „der Masse“ eine gewisse geringe Vertretung zubilligen, aber die Macht derer von „Besitz und Bildung“ bewahren soll. Die Sozialdemokratie in Preußen wird gut tun, wenn sie von vornherein ihren Kampf auch auf die Absicht ihrer Gegner einrichtet, sich auf ein Mehrstimmenvote zurückzuziehen. Auch in Österreich trugen sich einflussreiche Parteiführer, als vor zwei Jahren das Kurienwahlrecht unantastbar geworden war, mit dem Plan des Pluralswahlrechts. Der große Elan der österreichischen Arbeiterschaft trug die Bewegung

über diese Versuche hinweg dem allgemeinen gleichen Wahlrecht entgegen. Sicherlich wird auch in Preußen die Arbeiterschaft alle Kraft und Ausdauer einzusetzen, um den Schandfleck der Klassenunterscheidung nicht nur zu mildern, sondern durchaus zu beseitigen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mit einer recht stimmungsfreien Sitzung nahm am Mittwoch der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Präsident Graf Stolberg brachte seine Neujahrswünsche mit seiner ihm eigenen gut gemeinten Unhöflichkeit an. Glasermeister Trl aus Ober-Bayern sprach ein schlaftriges Schlusswort zum zentralistischen Mittelstands-Antrag, der alsdann angenommen wurde. Schlaftrig teilten auch die Debatten über den konservativen Initiativ-Antrag einher, der die Regierung auffordert, ein bisschen Damps hinter die Versicherung der Privatbeamten zu setzen. Die Redner der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums wollen eine Sonderversicherung. Dagegen wandten sich der Freisinnige Mußdan und mit kräftiger Entschiedenheit, die endlich Leben in die Debatte brachte. Genoße Robert Schmidt. Unser Fraktionsredner betonte die Notwendigkeit einer einheitlichen Versicherung für alle Arbeiterkategorien, einschließlich der geistigen Arbeiter. — Ein noch nicht ganz aufgeklärtes Zwischenspiel ereignete sich während der monotonen Rede des neuverwählten in seiner Art berühmt gewordenen Schokoladenhändlers Stresemann. Plötzlich nämlich unterbrach Bizepräsident Dr. Paasche den allgemeinen Reichstagschlaf durch die freundliche Aufforderung an irgend einen Herrn, den Saal zu verlassen. Es steht noch nicht fest, ob wirklich ein zerstreuter Fremdling sich in den Saal verlaufen oder aber Herr Paasche im Geiste der Enteignungsverlagerung den neugewählten polnischen Abgeordneten Tczuski freihändig des Mandats verlustig erklärt hat. — Donnerstag steht eine Sammelserie kleinerer Vorlagen zur Beratung.

Die Brücke.

Man schreibt der „Berl. Volksztg.“ von besonderer Seite:

Wie wir bereits vor einigen Wochen berichtet haben, ging trotz des Widerstandes des preußischen Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben der Wunsch des Reichskanzlers im Interesse der Erhaltung des Blocks dahin, den Wünschen der freisinnigen Parteien nach Schaffung direktierter Reichsteuer entgegenzukommen, woraus sich die nicht unbegründeten Gedanken gewisser Unstimmigkeiten zwischen dem Reichskanzler und dem Freiherrn v. Rheinbaben ergaben. Die Folge war, dass nicht dieser, sondern Herr v. Bethmann-Hollweg vor Weihnachten auf Reisen ging und mit den Ministern der Einzelstaaten Finanzkonferenzen abhielt. Hinsichtlich der Einkommensteuer waren keine Aussichten vorhanden, sie für Reichsteuerzwecke zu gewinnen, da diese Einzelstaaten, deren Finanzsysteme sich durchweg darauf aufzubauen, für sich in Anspruch nahmen. Etwas anderes galt hinsichtlich der

Bermögenssteuer, die einschließlich Preußens nur von vier Einzelstaaten eingeführt ist. Die Hauptschwierigkeit war, die Brücke zu schaffen zwischen dem Gegenzug, dass die Einzelstaaten direkte Steuern als ihr Relevatgebiet reklamieren, die freisinnigen Teile des Blocks aber das Reichsbesitz wenigstens zum Teil durch direkte Steuern decken müssen wollten.

In der diplomatischen Art, die allen seinen Maßnahmen eigen ist (so sagt man uns! Red.), hat Fürst Bülow hier einen zweifellos sehr geschickten Ausweg (so sagt man uns! Red.) gefunden. Es wird eine Vermögenssteuer geschaffen werden, die zwar von den Einzelstaaten erhoben wird, deren Erträge aber nicht in ihre, sondern in Form erhöhter Matrikelabbeiträge in die Reichskasse fließen werden.

Dadurch ist beiden Seiten Genüge geschehen, die Einzelstaaten behalten ihre direkten Steuern, trotzdem aber wird im Effekt eine Reichsvermögenssteuer geschaffen und so den Wünschen der Freisinnigen entsprochen. Wie gross dieser Fortschritt ist, bedarf keiner Erläuterung, denn tatsächlich ist damit nach der Erbschaftssteuer eine neue grosse Brüche in den Widerstand gegen direkte Reichssteuern gelegt.

Die zweite Steuer der neuen Finanzreform wird eine Erhöhung der Braunkohlesteuer werden. Die anfangs im Reichstagsgesetz erwogene Monopolvorlage ist etwas in den Hintergrund getreten, weil aus Süddeutschland dem Staatssekretär ein vollkommen durchgearbeiteter Gesetzentwurf für die Besteuerung des Braunkohlens, der sich auf der Fabrikat bestens

nung aufbaut, zugegangen ist und gegenwärtig der Verarbeitung unterliegt. In Reserve wird die Zigarettensteuer und die Salzsteuer für bessere Sorten sowie die Wehrsteuer gehalten. Man hofft durch die Vermögenssteuer für die Tabaksteuervorlage mehr Stimmung zu finden.

Danach hätte also Fürst Bülow die „Brücke“ gebaut, auf der sich die Blockparteien zusammenfinden könnten. Könnte, wenn die Konservativen wollten. Diese aber haben in den letzten Zeiten so oft und so bestimmt erklärt, sie seien für direkte Reichsteuern nicht zu haben, daß es äußerst zweifelhaft erscheint, ob sie auf die Bülow'sche Brücke treten werden.

Von den freien Parteien muß — wie wiederholen diese unsere wiederholte Forderung — verlangt werden, daß sie ihre Zustimmung zu direkten Steuern, die auf die leistungsfähigen Schultern fallen, sich nicht abkaufen lassen durch ihre Zustimmung zu neuen indirekten Steuern.

Reichsverband zur Schaltung des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Die „Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ schreibt:

„Da die Brüder die Säcke. Der preußische Landtag sein Klasseparlament für den vornehmsten Wahlkampf in Preußen eine treuliche Waffe bietet, hat der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sich entschieden, eine Sonderausgabe für seine Mitglieder heranzuziehen und an diese zu einem Betrag proje abzugeben. Es bietet am möglichst umfangende Erstellungen für diese „Sonderausgabe“ die Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Berlin SW. II. Deutscher.“

Die Borchart'sche Schrift dient dem Zweck, zu beweisen, daß das Dreiklassenystem für den „Mittelstand“ besonders günstig sei. Wir sind dem Reichsverband ebenso dankbar für seine Demaskierung als eine reaktionäre Gruppe, wie für die in seiner Auseinandersetzung logisch eingehäusste Anerkennung, daß die Sozialdemokratie die einzige wirkliche Verteilung des gieblichen Wahlrechts in Preußen ist.

Das Königberger Urteil.

In der „Neuen Hamburger Zeitung“ urteilt Dr. Adolf Breitscheid, ein weites Exemplar unter den Reden des Liberalismus, in diesen Worten über den Ausgang des Königberger „Schanddiner“-Prozesses. Nachdem er sich hieraufhin des sozialdemokratischen Todesstrafurteils schreibt:

„Bei einer Beihilfe, welche gegen auch eine einer Gewalttat ist, so dem Mordversuchungsdelikt, so doch ein sehr leicht Sache und doch in der Praxis jedes Strafes mit 4 Jahren von der Strafzeit loskommt, ist Königberger Schanddiner wegen Wehrwirtschaftsdelikts in zwei Fällen — der Sache war noch in ein anderes Land überkommen — zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie ist Rücksicht auf die politischen Differenzen, die von diesem Prozesse her ausgegangen, und auf die politische Bedeutung des Falles, daß ein solches Urteil auf die Finger steckt. Keiner wird zu erwarten sein, ob nicht die politischen Verdammtheit auf dem Schein einer Reorganisation bedauern. Auch wenn die Sache fast über die politische Blöße der Gerichts- und Strafmaßnahmen gegenüber Schanddiner ist: die Freiheit der Sozialdemokratischen Staatsregierung könnte auf dem Schein der Sache nicht bestehen, der liegt in dem alten frischen Scheide nicht direkt auf dem Schein.“

Einem aus irgend welchen Gründen mißlichigen Bürgerlichen Historiker geliehen kann, was gestern dem Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ passierte; der überzeugte und treue Monarchist mag sich auch sagen, daß ein solches Votum nicht im Interesse der Majestät liegen kann.“

Leider besteht nicht die geringste Illusion, daß die Th. Barth und Rudolf Breitscheid die „Erweichung“ des bürgerlichen „Rechtsgefühls“ aufzuhalten vermögen.

Sozialdemokratische Agitation unter der Landbevölkerung.

Die seit einiger Zeit so intensiv betriebene sozialdemokratische Agitation unter der Landbevölkerung tut offenbar ihre Wirkung; das beste Zeugnis dafür ist die Angst der Gegner, die sich bereits deutlich gezeigt hat, daß in den konservativen „Grenzbüro“ ein Artikelsschreiber, der sich „Bewohner eines alten Bauerndorfs, das in der Nähe einer Großstadt liegt“, nennt, behauptet, daß die gesamte Bevölkerung unter sozialdemokratischer Herrschaft stehen werde. Wegen der berühmten „Lentenot“ dürfe der Bauer nicht wagen, dem „Gefahr“ entgegenzutreten, und so lasse er alles geschehen.

Ein Gentor: „Es steht am Ende: der Gemeindevorstand steht nichts, Gott nichts, will nichts bemerken; denn er ist ja an erster Stelle Bauer und jedann erst Polizeioffizier. Die Anteilnahme an mir zieht ihm keine Entschuldigung, wenn ihm sein Großvater mitten in der Ernte davonläuft. Seit das Gentor nun gemerkt hat, woher der Wind weht, um so toller treiben sie es. Die Bauern ergingen sich ganz gewaltig: wenn sie unter sich sind, klagen sie einander auch die Not; doch das Seium des Anklägers will traurig auf sich nehmen.“

Dann wird gekrammt, „wie sich der Sozialdemokratische Betrieb aus man an allmählich einricht und wie er schließlich die gesamte Arbeitervolkserziehung in den Bauerkreis seiner Ideen bringt.“ Schließlich beschäftigt sich der Artikel mit der Frage, was dagegen zu tun sei und beantwortet diese Frage folgendermaßen:

„Die kleinen Mittel, eine Ausmuster der sozialdemokratischen Elemente, Seeblockt usw., helfen von dem Augenblick an nicht mehr, wo die Organisationsvollzogene Zeiche ist. Von der geheimnisvollen Selbsthilfe, die sich jetzt auf dem Lande so bewirkt hat, ist ebenfalls nicht zu erwarten; die freien Formen der Leute und hinter ihr die Corporation der Bauern. Stellte sich könnte man bei der Regelung der Betriebsgesetzgebung, die ja gegenwärtig im Ministerium der Rechtsstaatlichkeit nicht, die landwirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend berücksichtigen und den verdeckten sozialdemokratischen Jugendvereinen etwas jämmer auf die Finger stecken. Keiner wird zu erwarten sein, ob nicht die politischen Verdammtheit auf dem Schein einer Reorganisation bedauern. Auch wenn die Sache fast über die politische Blöße der Gerichts- und Strafmaßnahmen gegenüber Schanddiner ist: die Freiheit der Sozialdemokratischen Staatsregierung könnte auf dem Schein der Sache nicht bestehen, der liegt in dem alten frischen Scheide nicht direkt auf dem Schein.“

Den bestärkt mit Bergungen, daß nach dieser Schenkung zu unterscheiden, welche Agitation unter der Landbevölkerung erfolgreich ist. Sogar daß die Arbeiter eingeschlagen, daß sie mit Schanddiner nichts mehr zusammen, ist als wichtiger Erfolg zu betrachten. Für uns kann der Urteil der „Grenzbüro“ nur ein weiterer Ansporn sein, noch energischer die Landagitation zu betreiben.

Zu spät.

Der Maximilian Harder, der nun auch seine Erfahrungen mit der preußischen Justiz gemacht hat, soll dem Sozialen Mitarbeiter des Berliner „Kurier“ sein Herz ausspielen haben. Herr Harder sprach über die Revolutionszeit, die Erfahrung des Richters Kern, die Kostenfrage u. dgl. Hartlich erklärte er auf die Frage, ob das Urteil des Schanddiner berechtigt wurde: „Ich kann nur widersprechen: Die Sache ist nicht zu Ende, man kann vielleicht sagen, daß sie jetzt erst anfängt.“ Auf die Frage, ob er bereit, erneut Herr Harder: „Ja, ich bereue meine Zurückhaltung.“

Demnach hätte Herr Harder noch „Material“. Aber warum dann heißt er damit zurück? Warum deckte er nicht alles auf, was ihm über die „hohen Kreise“ bekannt war? Wollte er kein Geheimnis schützen? Jetzt steht die Sache so: Es ist verdeckt; aber man weiß die Sachverstellung wohl auszufügen, wegen Hardens Gesundheitsproblema. Praktisch dürfte sich das so gestalten: Herr Harder bleibt am jetzigen Tag, so lange er sein „Auge“ erregt Freiheit auf die Bedingung des Politbehörden — das wäre dann das Ergebnis der Kunst und Statistik.

Eine neue preußische Minie.

Die Königliche Zeitung kündigt die Emission einer neuen preußischen Konkurrenz in Staatsanleihe in unbestimmter Höhe an. Diese Anleihe soll genügend für die ersten zehn Jahre, nämlich bis Ende März 1918, 4 Prozent für weitere fünf Jahre, nämlich bis Ende März 1923, 5½ Prozent, für die folgende Zeit, also vom 1. April 1923 ab, 3½ Prozent. Die Zinsen werden also vom 1. April und 1. Oktober, einschließlich am 1. Oktober 1908, fällig. Der Bezugspreis beträgt 92½ Prozent.

Ein Stein mit jedem Berge.

Wie die „Münz A. K. Kupfer“ aufzeigen, sind die Berichte hoher Persönlichkeiten, General Keim zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, endgültig gescheitert.

England.

Zur Sicherstellung möglicher nicht gehört zu werden. Bis die erste und zweite Duma weg, erhielten die Kaufleute von China, Russland und Amerika keinen einzigen Schaden der Revolution, im wesentlichen die großen und kleinen Fabrikanten des Kolonialreichs lebendiges Ausland haben. Und ebenso die Kaufleute der größeren Britische der Sicherstellung nicht befriedigen konnten, kaum sich auf jedem Land ein heftiges Band zwischen ihnen und dem Soße. Die zahllosen Briefe und Telegramme wurden in den Kommissionen, insbesondere in der Russischen Post, eingeliefert und waren für die Versendung zum Schwerpunkt nur ausreichendem Wert.

Die dritte Duma, die Duma der 130 000 Stolypinschen Gutsbesitzer, bedarf dieses lebendigen Kontaktes mit dem Volke nicht. Die dritte Duma steht „voll und ganz“ auf dem „Boden des Gesetzes“. Art. 61 der Dumaordnung verbietet es, daß die Duma irgendwelche Petitionen von der Bevölkerung annehme. Gestützt auf diesen Artikel, veröffentlicht nun der Duma-präsident eine Erklärung, daß die Duma keinerlei Bittgeschäfte oder Klagen annehmen könne, weil sie auf ihren Sitzungen nicht erörtern dürfe! Diese Erklärung wird das ihrige dazu beitragen, daß auch die letzten Spuren von Illusionen in den breiten Schichten der Bevölkerung verschwinden. Je eher das Volk einsieht, daß es von dieser Duma nichts zu erwarten hat, je schroffer der wahre Charakter der vorherrschenden Parteien hervortritt, desto besser für die Entwicklung des Volkes.

Frankreich.

Munterei im französischen Heere. Wie Pariser Blätter melden, hatten sich etwa 40 Soldaten des 7. Dragonerregiments in Fontainebleau, denen ein weiterer Urlaub verweigert worden war, eigenmächtig aus der Kaserne entfernt und waren erst nach acht Tagen wieder zurückgekehrt. Ein Regimentsbefehl, nach dem bis auf weiteres jeder Urlaub zu verweigern sei, wurde in mehreren Exemplaren zerissen. Der Regimentskommandeur soll beim Kriegsministerium die Verlegung der Regimenter nach einer anderen Garnison beantragt haben. Ferner wird von 3 Artilleristen der Garnison Orsay, die mit Arrest bestraft waren, gemeldet, daß diese aus der Garnison entwichen sind, sich nach Lille begeben und auf dem dortigen Bahnhofe lärmende Aufstände verübt haben, wobei sie Rufe „Kieder mit der Armee, hoch Herve“ ausstießen. Erst einer starken Militärpatrouille gelang es, die Artilleristen zur Ruhe zu bringen.

Persien.

Die Lage ist noch immer nicht befriedigend. Wie ein Telegramm aus Teheran vom 5. Januar meldet, gab der Präsident des Parlaments, der sein Amt niedergelegen wollte, da der Gouverneur im Parlament mit dem Tode bedroht worden war, falls er die Lente nicht bestrafen würde, die auf das Tor des Parlaments geschossen und an den Morden auf dem Artillerieplatz teilgenommen hatten, nach längerem Zureden seine Absicht auf. Ein Teil der Schuldigen wurde mit Stockfällen bestraft. Erst am Sonntag zerstreuten sich die bewaffneten Verteidiger des Parlaments vollständig. Obgleich die Bedingungen der Verständigung zwischen dem Schah und dem Parlament unterzeichnet sind, so deuten sie doch die Parteien zu ihrer Gunsten. Auch werden bereits neue Forderungen und Vorwürfe laut. In der gestrigen Sitzung des Parlaments wurde der Text des Ersuchens verlesen, das das Parlament an die ausländischen Missionen um moralische Unterstützung gerichtet hatte, sowie die Antworten der russischen und der englischen Missionen, in denen gezeigt ist, die Missionen wollten sich bei dem Schah bezüglich seines Versprechens, das Verhaftungsrecht zu wahren, verhindern. Die Verlesung dieser Antworten rief lebhafte Begeisterung hervor. Am Sonntag abend ist der frühere Ministerpräsident Saad-e-Dowlah mit seinem Bruder, der zum Gouverneur von Tschermanjeh und Kurdistan ernannt ist, aus der Verbannung zurückgekehrt.

Afrika.

Überfall einer Forschungsexpedition. Die Londoner Zeitung „Daily Express“ berichtet von einem schweren Kampf, den eine Forschungsexpedition nahe beim Kasal River im Kongostaat mit Kanibalen zu bestehen hatte. Von den Eingeborenen wurden mehr als hundert getötet. Die Weißen erlitten keine Verluste und werden weiterhin von eingeborenen Truppen begleitet und beschützt. — Wenn die Forschungsexpedition nach Peterschem Muster vorgegangen ist, wird der Überfall verständlich.

Japan.

Der Erfolg eines negativen Krieges. Geldnot, wirtschaftlicher Stillstand, Nutzlosigkeit — das ist in drei Worten die Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage Japans, schreibt der „Kölner Tag.“ ein Korrespondent aus Tokio. Die Regierung hat ein ungeheures post bellum-Programm aufgestellt und weiß nun nicht, woher sie die Mittel zu seiner Durchführung nehmen soll. Ein Kriegsschiff nach dem anderen läuft vom Stapel, eine Division nach der anderen wird formiert, vielleicht kommt der Staat noch ein einziges Jahr mit den vorhandenen Mitteln aus, die von Russland gezahlte Entschädigung für die Unterwerfung der Kriegsgefangenen rettet den Staatshaushalt, den der wie immer am Weihnachtsfest zusammengetretene Reichstag ohne wesentlichen Widerstand bewilligen wird, aber was dann? Die Regierung ist bei ihren Zahlungsverpflichtungen schon jetzt in größter Not. Die Privatunternehmer können ihre Betriebe ohne fremdes Kapital nicht ausdehnen. Die Privatleute haben alles Vertrauen verloren. Die Aktien stehen tiefer als je, und die Börsenmakler bieten schriftlich und mündlich die mehr und mehr entwerteten Wertpapiere an. Die zu 50 Sen ausgegebenen Zuckeraktien zum Beispiel ständen über 200, und eben trotz einer Dividende von 20 Prozent schon auf 80 herabgesunken. Die Aktien der elektrischen Städtebahnen, die gleichfalls wahllos gesiegen und gar nicht zu kaufen waren, weil jeder sich goldene Berge von ihres vertracht, haben sich mehr und mehr dem Kurswert genähert. Manche Papier stehen schon unter dem Kurswert. Der Zuckerindustrie drohte und droht vielleicht noch jetzt die Monopolisierung, sowie der Wettbewerb neuer Fabriken, da die japanische Industrie durchaus nach Korea, China und anderen Ländern zugezogen ist. Bei vielen gleichfalls wahllos gesiegen und gar nicht zu kaufen waren, weil jeder sich goldene Berge von ihres vertracht, haben sich mehr und mehr dem Kurswert genähert. Manche Papier stehen schon unter dem Kurswert. Der Zuckerindustrie drohte und droht vielleicht noch jetzt die Monopolisierung, sowie der Wettbewerb neuer Fabriken, da die japanische Industrie durchaus nach Korea, China und anderen Ländern zugezogen ist. Bei vielen

gleichfalls wahllos gesiegen und gar nicht zu kaufen waren, weil jeder sich goldene Berge von ihres vertracht, haben sich mehr und mehr dem Kurswert genähert. Manche Papier stehen schon unter dem Kurswert. Der Zuckerindustrie drohte und droht vielleicht noch jetzt die Monopolisierung, sowie der Wettbewerb neuer Fabriken, da die japanische Industrie durchaus nach Korea, China und anderen Ländern zugezogen ist. Bei vielen

den Schwierigkeiten ist der, daß die Regierung einsetzt, die Finanzkraft des Landes nicht mehr wie bisher überschätzt und überspannt, auf einen Teil des post-bellum-Programms verzichtet und einen Teil der Staatseinkünfte fruchtbringend anlegt. Anderenfalls werden die Flinten, Kanonen und Kriegsschiffe zu rostigem Eisen. Der Aufschwung Japans läßt sich nicht mit Gewalt erzwingen. Zwischen den japanischen Finanzen und der japanischen Rüstung hat sich eine ungeheure Kluft aufgetan.

Aus Lübeck und Nachgebieten.

Donnerstag, den 9. Januar.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 13. Januar 1908 stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Anträge des Senates: 1. Ein in nicht öffentlicher Versammlung der Bürgerschaft zu beratender Senatsantrag. 2. Erhöhung des Gehaltes der Stelle des Stadtgärtner. 3. Änderungen in der Stellung der Friedhofsaufseher. 4. Festsetzung der Gebühren für Wagenbeförderungen auf den Kanalgleisen. (Antrag 1908 Nr. 6.) 5. Verkauf eines Fabrikplatzes in der Nähe der neuen Gasanstalt an die Firma Heinrich Dietel zu Lübeck. (Kommissionsbericht 1907 Nr. XXXI.) 6. Bebauung von Markt und Bau eines neuen Haupttores. 7. Verbesserung der Siedlungsverhältnisse in der Vorstadt St. Lorenz-Süd. (Kommissionsbericht 1907 Nr. XXX.) 8. Erweiterungsbauten in der Freienwalde. (Antrag 1908 Nr. 7.) 9. Vermehrung der Zahl der Beamten des Hauptzollamtes um einen Zollassistenten und zwei Revisionsaufseher. (Antrag 1908 Nr. 2.) 10. Bezeichnung der Ausstattung der neuen Baulöts des Allgemeinen Krankenhauses für Infektionskrankte. (Antrag 1908 Nr. 4.) 11. Erlass eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 14. November 1906, die Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer und die Erbschaftsabgabe betreffend. (Antrag 1908 Nr. 5.) 12. Nachbereitung von 9320,19 Mk. für Herstellung der Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Travemünde. (Antrag 1908 Nr. 3.)

Hochwasser. Durch den scharfen Nordostwind, der zeitweilig eine orkanartige Stärke annahm, sind die Wassermassen der Ostsee derartig in die Trave hineingetrieben worden, daß die Ufer teilweise überschwemmt sind. An den niedriger gelegenen Teilen der Straßen an der Obertrave, bei der Essengrube und Hartengrube, sowie auch zwischen der Marlesgrube und der kleinen Petersgrube ist die Überschwemmung derart, daß der Verkehr nur noch durch Boote aufrecht erhalten werden kann. Da die Straße an der Untertrave zum großen Teil höher gelegt worden ist, so konnte hier die Trave noch nicht die Ufer überfließen. Unterhalb der Flückstraße werden jedoch schon die Schuppen geräumt. Zur Voßgang und Hellegrünen Gang steht das Wasser, das durch die Siele eingedrungen ist, schon so hoch, daß die Bewohner ihre Behausungen kaum mehr durch die Haustür verlassen können. Gegen 1 Uhr ertraten abermals Warnungsschüsse, wodurch angezeigt wurde, daß die Flut noch immer im Steigen begriffen ist. Der Wasserstand betrug um diese Zeit 7 Meter. Hoffentlich läuft der Sturm bald nach, damit die Anwohner der Trave nicht gar zu sehr geschädigt werden.

Krise und Zwischenzeichen im Baugewerbe. In einer am 5. Januar abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes referierte Genosse Al. Röcke aus Hamburg über das aktuelle Thema: Krise und Zwischenzeichen im Baugewerbe. Redner erläuterte zunächst das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, deren Entstehung in Amerika und deren Fortpflanzung auch nach den europäischen Staaten. Deutschland sei in hohem Maße in Mitteldeutschland gezogen, besonders habe die Geldknappheit dem Baugewerbe geschadet, da Bauarbeiter selbst zu einem bisher nie dagewesenen Anteil von 8,2 Prozent und mehr nicht zu haben gewesen seien. Die Flauheit in der Bautätigkeit sei zum großen Teile auf diesen Umstand zurückzuführen. Glücklicherweise scheinen sich im Baugewerbe die Folgen der Wirtschaftskrise nicht so sehr bemerkbar zu machen, wie in den Jahren 1901-02. In Lübeck gebe es z. B. nur ganz vereinzelt Arbeitslose, auch in den anderen Großstädten (mit Ausnahme von Berlin, wo die Arbeitslosigkeit große Dimensionen angenommen habe) sei die Arbeitslosigkeit in den Baugewerben zur Zeit nicht größer als in jedem anderen Winter. Man könne also nicht sagen, daß dieselbe der Krise zuzuschreiben sei. Dass die Arbeitslosigkeit in Berlin viel größer sei als anderswo, sei wesentlich auf den monatelangen, leider für uns erfolglos verlaufenen Kampf der verfeindeten Factions zurückzuführen. Redner schildert kurz den Verlauf des Kampfes und folgert daraus, daß der Übermut und die Kampfeslust der Unternehmer fast nur auf das Kontor der für sie günstig hegenden Kämpfe in Berlin, Halle und Erfurt komme. Durch die Uneinigkeit der Bauarbeiter in Berlin sei den Baugewaltigen der Rücken gesteckt worden, was Redner im einzelnen an dem bekannten Vorgehen der Unternehmer nachweist. Wenn die Herren, nachdem das Geheimprotokoll jedem die Augen geöffnet habe, jetzt noch glauben möchten, daß es nicht so bös gemeint war, so können sie doch niemand mehr über den wahren Charakter der gegen die Arbeiter inszenierten Bewegung täuschen. Schon allein der Umstand, daß alle Verträge am 1. April des Jahres 1910 ablaufen sollten, lasse erkennen, daß ein Schlag gegen die Arbeiterorganisationen geplant sei. Redner weist dann hin auf die Nachteile der Arbeitsbedingungen, wie sie in dem von Unternehmern vorgelegten Vorwaltars stipuliert sind und hält es für selbstverständlich, daß denselben unsererseits niemals zugestimmt werden könne. Man hätte sich füglich mit einer glatten Verlängerung des Tarifs auf ein weiteres Jahre einverstanden erklären können unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Depressionen, aber eine Verstärkung der teuren Lebenshaltung könnten wir uns nicht gefallen lassen. Redner ist überzeugt, daß es den Machern des Baugewerbes auch garnicht ernst ist mit dem angeblich ehlich gemeinten, richtiger gehuchelten Frieden, wenn dies auch in noch so aufrührerischen Worten im Zentralblatt für das Baugewerbe betont werde. Der Wolf könne seine wahre Raubtieratur nicht verleugnen und die Unternehmer nicht ihren Hass gegen die Arbeiterschaft, wenngleich in genannter Zeitung von der Anerkennung des Gewerkschaftsgedankens geredet werde. Solcher Anerkennung werden die Gewerkschaften sich erst dann erfreuen dürfen, wenn sie ihre Macht derart stärken, daß den Unternehmen Achtung, Respekt und Anerkennung abgerungen werden können. Wie heute die Dinge liegen, brauche man keineswegs mutlos zu sein, wenn auch zur Vorsicht gemahnt werden müsse. Redner wies sodann auf den schlechten Versammlungsverlauf hin, es mügte doch eines jeden Kollegen Würde sein, in der Versammlung zu erscheinen, da die Kollegen doch alle wützen, welche ernste Zeiten im Baugewerbe bevorstehen. Der fast zweitündige Vortrag wurde beschäftig aufgenommen. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und sprachen ihr tieffes Bedauern über die Interessenlosigkeit der Kollegen aus. Jerner wurde noch auf den Hausbesitzverein und darauf hingewiesen, daß die von demselben geplante Machtprobe auch die Billigung des Oberbaumeisters Stender gefunden habe.

Stadtteilversammlung. Der nächste Stadtteilversammlung beginnt am Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr. Anmeldungen von stotternden Kindern aus allen Himmelsrichtungen werden am Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 4-5 Uhr, im Schulhaus Fleischbauerstraße 47, entgegen genommen. Die Sprechstunden finden an jedem Montag, Mittwoch und jeden Sonnabend von 2-4 Uhr nachmittags statt.

Handelsregister. Am 8. Januar 1908 ist eingetragen: 1. bei der Firma J. A. Wolpmann in Lübeck: Es sind vier Kommanditisten in das Geschäft eingetreten. Die Kommanditgesellschaft hat am 1. Januar 1908 begonnen und führt die Geschäfte unter unveränderter Firma fort; 2. bei der Firma Heinr. Oldenburg in Lübeck: Das Geschäft ist auf die offene Handelsgesellschaft unter gleicher Firma übergegangen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: die Kaufleute K. H. Westphal und H. J. Röhlt, beide in Lübeck. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. Januar 1908 begonnen. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers auf die Gesellschaft ist ausgeschlossen; 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Paul Kayser in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Werner Stern in Lübeck führt das Geschäft unter unveränderter Firma als alleiniger Inhaber fort; 4. bei der Firma L. Emil Hümmerich in Lübeck: Die Firma ist in Carl Hinz geändert.

Ein Elternverbrechen. wurde am Dienstag nachmittag an der Watenig in der Nähe der Altendorfstraße begangen. Ein noch nicht ermittelter Mann lockte zwei Kinder, ein größeres Mädchen und die etwa vierjährige Tochter eines Soldaten-Sergeanten, wohnhaft Altendorfstraße, an sich, in der Absicht, sie zu vergewaltigen. Das ältere Mädchen wurde ängstlich und entfloß, bevor der Unhold ihm etwas antun konnte; an dem kleinen Kind verging er sich jedoch und verlegte es dabei nicht unerheblich. Hoffentlich gelingt es recht bald, den Schweinigel zu fassen, damit er die gerechte Strafe für sein Verbrechen erhält.

ph. Unterstaltung. Gegen einen kleigen Schneider, der ihm zur Ausbesserung übergebene Kleidungsstücke verpfändete, wurde Anzeige wegen Unterstaltung erstatte.

ph. Eigentümer gesucht. Gelegentlich einer Haussuchung bei einer wegen Diebstahls zur Anzeige gebrachten Wäschefrau wurden außer einer großen Anzahl Wäschestücke, deren Eigentümer bekannt ist, noch zwanzig verschiedene Taschentücher gezeichnet: von S. M., F. J., H. R. C. E., G. S., B., R., N. S., F. K., A. S., J. B., H., sowie drei große Servietten, gez. C. W., gefunden, deren Eigentümer nicht bekannt sind. Die genannten Gegenstände liegen im Bureau der Kriminal-Abteilung aus.

Ein kleiner Tretam ist uns leider in dem gestrigen Artikel über die letzte Bürgerschaftsitzung unterlaufen. Wir hatten geschrieben, daß Herr Klein indirekt einen Ordnungsruf erhalten hätte, weil er in einer Versammlung im Wilhelmtheater sozialdemokratische Bürgerschaftsmitglieder in vornehmer Weise als Bogenlampen, Tafellichter und Tranfunkeln bezeichnet haben sollte. Das trifft nicht zu. Es war Lehrer Dühring, M. d. B. und Parteifreund des Herrn Klein, der den so geschmackvollen und geistreichen Vergleich zog; Herr Klein hatte in jener Versammlung — wie er das mit Vorliebe macht — nur ein bisschen auf dem „Volksschönen“ heruntergeritten, was wir ihm nicht weiter übernehmen. Somit konnte also Dühring den Ordnungsruf des Vorführers der Bürgerschaft auf sich beziehen.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbüro schreibt man uns: Wiesothen Würthen zufolge wird die erfolgreiche Aufführung der „Fledermaus“ freitag noch einmal wiederholt. Wieder ist der gesamte Orchesterkörper von 22 Musikern bei dieser Operetteneinführung beschäftigt. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses die bestimmte Wiederholung der „Fledermaus“ ist. Für die Sonnabend-Aufführung des „Meisterschmied“ gibt sich ein reges Interesse und, daher es ratsam ist, sich rechtzeitig mit Billets zu versorgen. Sonntag nachmittag feiern die Bläser in „Aichendorf“ 50, 30 und 20 Pf. Abends 7 Uhr geht nach langerer Pause die Oper „Mignon“ in Szene; die Tielpartie singt Fräulein Katarina Garda.

Pariser-Theater. Neben einem vorzüglichen akrobatischen Teil weist der diesmalige Spielplan auch einen hervorragenden gesanglichen auf. Drei Nummern sind ihm gewidmet: Die Gräfin Ferrucci, die als Konzertdängerin ihre Gönner findet, die Soubrette Ella Captive, die sich auf dem Gebiete des Humors bewegt, und die aus acht Personen bestehende Truppe der Santaler Singvögel. Diesen Vertrauen des Gesanges eine halbe Stunde zu lauschen, wird niemand langsam werden, im Gegenteil, der ihnen gewidmete Besuch beweist, daß man sich förmlich amüsiert. Zu einem Besuch der jetzigen Serie kann daher nur geraten werden.

-7. Tat. Landtagssache. Staatsminister Wilsch teilt durch Verfügung den Abgeordneten mit, daß die Regierung auf die fernere Geheimhaltung der vertraulichen Vorlage vom Vorjahr keinen Wert mehr legt, zumal dieselbe bereits in weiten Kreisen bekannt geworden und auch schon in der Presse zum Teil behandelt worden ist. Die Aufhebung der Geheimhaltung erstreckt sich aber nicht auf die vom Minister selbst im Ausschuß gemachten vertraulichen Mitteilungen. Es handelt sich hierbei um folgendes: Im Jahre 1900 beschloß der Landtag, daß im Falle des vorzeitigen Ablebens des lebigen Großherzogs die Großherzogin die Würmündung über den minderjährigen Nachkommen übernehmen soll. Der Großherzog selbst war seinerzeit hiermit einverstanden. Wenige Jahre später und zwar 1906 trat der Großherzog mit dem Minninen an den Landtag beran, den erwähnten Beschluß aufzuheben und einen anderen Wurm und zu bestellen, ohne irgend welche Gründe für seine Sinnesänderung anzugeben. Nach längerer Beratung im Ausschuß wurde Minister Wilsch ersucht, dem Großherzoge nahezulegen, die Vorlage wieder zurückzuziehen. Trotz allerdem wollte derselbe seinen Kopf durchlegen und bestand auf Annahme der Vorlage, ja er kündigte sogar dem Landtag in nicht mißverstehender Weise die Freundschaft. Im Plenum des Landtages wurde dann die Vorlage einstimmig abgelehnt. Die Folge war, daß die Schmiedelehrlinge aus der Wamschmiede ausziehen mußten. Es war dies eine Vergrünung des Großherzogs, daß die Schmiede, welche vor einer vom Staate bestimmten Kommission die Meisterprüfung im Guibeschlag bestehen wollten, in Räumen welche dem Regenten gehörten, untergebracht waren. Die zweite Folge war, daß die Abgeordneten nicht mehr abgeführt wurden. Ferner, daß er auf ein Telegramm, in welchem die Mehrheit des Landtages den Großherzog wie gewöhnlich anhöhte, garnicht antwortete. Gleichzeitig liegen ganz recht, weshalb bei jeder Gelegenheit diese Unterwürfigkeit gegenüber hochgestellten Personen. Und schließlich hat Seerenius dem Vorsitzenden der Körnungskommission, welcher in seinem Privatgemächer wohnte, die Wohnung gekündigt und ihn zugleich als Stallmeister entlassen. Man sieht hieraus, welche Folgen es haben kann, wenn ein Parlament nicht alles tut, was es soll. Und dabei sind die Mitglieder des oldenburgischen Landtages in ihrer großen Mehrheit gut staatsbehrend und monarchisch.

Tat. Gesetzentwurf betr. die Sonn- und Festtage. Die oldenburgische Regierung hat dem Landtage in der Anlage 58 einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die 52 Jahre alte räckändige Sonn- und Heiligabendordnung durch eine neue ersetzt. Wer da aber glaubt, daß etwas Neuzzeitliches, Durchgreifendes geschaffen werden soll, der irrt sich. Alles ist auf den Schutz der Religion zugeschnitten. Öffentliche Aussöhnungen, Versteigerungen, Verpachtungen sind an Sonn- und Festtagen verboten. Während der Zeit des Hauptgottesdienstes ist die Auszahlung des Lohnes an Arbeiter usw. sind öffentliche Versammlungen und Aufzüge verboten. Öffentliche Tanzbelustigungen dürfen am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage, am Bet- und Bußtag, an den diesen Feiertagen vorhergehenden Tagen und in der ganzen Karwoche ebenfalls nicht stattfinden. An den Abenden der übrigen Sonn- und allgemeinen Feiertage müssen die öffentlichen Tanzbelustigungen um 12 Uhr geschlossen werden. Ausnahmen kann das Amt oder der Stadtmagistrat zulassen. Ein Fortschritt ist also nur, daß die tanzlose Abends- und Fastenzeit in die Rumpelkammer geworfen wird, und daß auch Sonnabends bis 12 Uhr getanzt werden darf. Die heigen Zustände waren auch völlig unhalbar geworden, zumal da zweierlei Maß in den einzelnen Orten je nach der Konfession der überwiegenden Einwohner herrschte. Auch ist das Verbot des Aufenthalts in den Wirtschaften während der Kirchzeit in dem Entwurf gefallen.

Rasenborg. Ein Besitz niedergeworfen. Bei furchtbarem Sturm und Regen brannte Montag abend im benachbarten Salem das Besitztum des Gärtners Abs total nieder. Gerettet und geborgen wurde wenig.

Hamburg. Eine starke Zunutung hat der Hamburgische Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unserem Genossen Otto Stolten gezeigt, dem er den Jahresbericht des Verbandes für 1907 zuschickt, mit der Auflösung, dem Verband beizutreten, zu welchem ein Beitrittskarteformular beigefügt ist. Stolten ist indes bessere Gesellschaft gewöhnt und hat auf den Beitritt verzichtet. Ein Kind verbrüht. Das dreijährige Kind der Cheleute Rundschlag in einem Kübel mit siedendem Wasser gefallen und schrecklich verbrüht ins Cappendorfer Krankenhaus geschafft worden. Kurze Zeit nach der Einlieferung ist das unglückliche Kind seinen Leiden erlegen.

Kiel. Ein entsetzlicher Raubmord ist, wie sich jetzt herausgestellt hat, Dienstag vormittag in dem Hause Knooperweg 26 verübt. Dort wurde, wie bereits gemeldet, die im zweiten Stock wohnende Frau des Malers Bandholz von ihrem zu Mittag nach Hause kommenden Bruder halbverkohl vor dem Ofen liegend tot aufgefunden. Man nahm anfangs an, daß ein Unglücksfall vorliege, indem Frau B. beim Anheizen des Ofens zu Schaden gekommen sei. Man entdeckte dann aber, daß ihre ganzen Kleider mit Petroleum getränkt waren und daß das in der Wohnung vorhandene Bargeld fehlte. Es sind etwa 70 Mark geraubt. Allem Anschein nach ist die Tot von dem gestern Abend zugezogenen Einlogierer, dem angeblichen Techniker und Ingenieur Garling verübt. Frau B. hatte am Vormittag für diesen noch drei Gläser Bier geholt und dabei dem Veräußerer gesagt, der Einlogierer sei ein recht freundlicher Mann zu sein. Ob die Frau vielleicht vorher getrennt oder betäubt ist, soll noch durch Sektion festgestellt werden. Garling ist flüchtig. Er ist ein bekannter Logischiwindler, der zuletzt zwei Jahre Gefängnis zu verbüßen hatte. Die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft haben sogleich umfangreiche Recherchen eingeleitet. Spätere Meldungen besagen: Der am Dienstag abend in Haft genommene Maschinenmechaniker Garling hat wieder auf freien Fuß gesetzt werden müssen, da er nachzuweisen vermochte, daß er am Mordtage auf der Germania werft gearbeitet hat. Auf die Ergriffung des Raubmordes der Frau Bandholz hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt. Die gerichtliche Obduktion der Leiche hat Mittwoch mittag im pathologischen Institut stattgefunden, und zwar in Gegenwart des Staatsanwaltsrats Marschner, des Assessors Wegemann, des Prof. Dr. Ziemke als Gerichtsarzt und des Kriminal-Kommissars v. Aulic. Die Obduktion der Leiche ergab, daß der Tod durch Ertrinken eingetreten ist. Man darf demnach annehmen, daß Frau Bandholz erwürgt und die Leiche dann mit Petroleum übergossen und angezündet ist. Hierfür spricht auch der Umstand, daß die leere Petroleumflasche unter einem Stuhl gefunden wurde. Ein abgebranntes Bündholz lag im Zimmer. Die Leiche ist schrecklich entstellt. Frau Bandholz scheint am Montag abend schon von einer bangen Ahnung erfaßt gewesen zu sein. Als ihr Chiranna nach Hause kam und sie ihm von der Verübung erzählte, äußerte sie, sie habe Angst vor dem Manne. — Vom Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Winkel a. d. Ehe. Großfeuer. Am Sonntag abend gegen 9 Uhr entstand in der neben der Post belegenen Villa des Fabrikanten Louis Eppen ein Feuer, das das Gebäude total einäscherte. Gerettet wurde gar nichts. Außer dem Mobiliar sind auch wertvolle Kunstsäcke, darunter Gemälde im Werte von 10 000 Mark verbrannt. Die Entstehungsursache wird auf einen Tannenbaum zurückgeführt, den die Bewohner ohne jede Aufsicht haben brennen lassen. Das niedergebrannte Gebäude ist erst zwei Jahre alt und hat ca. 140 000 Mk. gekostet. Herr Louis Eppen geriet noch selbst in die höchste Lebensgefahr. Er eilte logisch in das brennende Gebäude, nützte aber auf dem Korridor infolge von Rauchvergiftung nichts. Auf allen vier Stockwerken drängten einige Leute bis zu dem Bewußtlosen vor und brachten ihn mit Mühe aus dem Gebäude heraus. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

Friedland. Von schwerem Unglück betroffen wurde die Familie des Schäfermeisters im nahen Dorfe Charlottenhof bei Ratzeburg. Vor ungefähr 14 Tagen zog hier der Familienvater beim Schäfermeister eine schwere Blutzergiftung zu. Er wurde ins Klinikum nach Neustrelitz gebracht, hier jedoch erlag der Arme der schweren Verlegung. Gleich darauf erkrankte die Frau an Schlag, auch sie erlag der Krankheit, ebenfalls das etwa zweijährige Mädchen. In wenigen Tagen waren Vater, Mutter und Kind vom Tode dahingerafft. Zwei unmündige Waisen betrauerten den Tod der Eltern.

Handels- und Marktnachrichten.

Batter-Rötterungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein. Batter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 8. Januar.

1. Klasse 22 Drittel zu 125,07 Mk. im Durchschnitt.
2. " 25 121,90 Mk.
15 Drittel unterauft.

Briefkasten.

Schäferkäfer. Ein Entschädigungsanspruch steht dem Mieter in diesem Hause nicht zu.

Verantwortlich für die Rundschau Lübeck und Nachgebieten und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Möwig; für den gesamten Inhalt Johann(es) Stelling. Verleger: Th. Schwarze. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Gr. Räumungs-Ausverkauf

Die Restbestände der letzten Saison sollen zu

enorm billigen Preisen geräumt werden.

Bitten um Beachtung der Schaufenster.

Königstraße
73.

Putzbach & Reimers

Ecke
Hüxstraße.

Erstklassiges Spezialhaus für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung.

Komitee- u. Kommission-Stanzen

Möltuna Zimmerer!

Reichsmischkostümie. Abrechnung am Freitag, 10. Jan., ab 8^{1/2} Uhr, im Vereinshaus.

Häufiger weiser Dame - Männer - Wagen billig zu vernehmen
Gr. Breitestraße 15. Hägel.

Sache zum 1. April 1908

2 Tagelöhner-Familien

bei hohen Lohn u. Alters. Gute Wohnungen, Gartenland, Kutter für 1 Gab. oder 3 Dier. Milch möglich, freie Reise und 10 Mtl. Extra-Vergütung. Weiters. Dienstmaut. Frühstück bei Kaffee.

Zwei Beisitzerinnen in Wohnen und Kleinkinder und nehmen ein Kind in Rent und Pflege
Gr. Breitestraße 14. 10.

Eine ansehnliche 4-jährige Tochter billig zu vernehmen
Provinziale 31. März.

Der Junge einer geschiedenen Person billig zu vernehmen
Glockenstraße 37.

Einzelne jüngere Schwestern benötigen mit jedem Holzbau. Gegen Wohnung abwechseln
Hochzeitstage.

Frau Schulz, Schenke,
Johannisstr. 39. 1.

Service, Dame u. Kinder, kleine Schreiberin, Bettw. Dienstmeisterin. 31. März.

Singpiel 5 Pfd. 50 Pf. Sig.

Hermann Stabs. Friedensstraße 49.

Berger Fleisch-Sheringe
1 Stück 10 Pfd. frei
Bernhard Grebe. Friedensstraße 25.

E. M. Fischer
Dessert. 100.

Champignon 60. bei der Fleischwarenhandlung
Bratfleisch 5 Pfd. 50 Pf. Sig.

Neuen werden Kunden zur Fleischware, das
es vom Fleisch ab
Schnellere Schnellereitungen
Fleisch und Wurst auch hierzu von einem
Schiff.

Bratfleischhandlung
Wilhelm Krüger. Fleischwarenhandlung.
Friedensstraße 160

visit-Karten

mit 1. Elternkarte
100 Stück von 1 Mk. an
Bestellnumm. bei Hörer-Polizei

Achtung!

Kafenarbeiter

(zentral).

Mitglieder-

Versammlung

am 10. Januar 1908
abends 8^{1/2} Uhr.

in denkmal. Johannisstraße 50-52

Zeitung: Zeitung

1. Abendkonzert
Kunsthalle. Orchester und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

2. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

3. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

4. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

5. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

6. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

7. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

8. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

9. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

10. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

11. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

12. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

13. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

14. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

15. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

16. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

17. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

18. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

19. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

20. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

21. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

22. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

23. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

24. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

25. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

26. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

27. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

28. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

29. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

30. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

31. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

32. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

33. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

34. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

35. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

36. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

37. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

38. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

39. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

40. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

41. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

42. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

43. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

44. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

45. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

46. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

47. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

48. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

49. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

50. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

51. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

52. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

53. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

54. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

55. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

56. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

57. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

58. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

59. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

60. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

61. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

62. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

63. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

64. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

65. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

66. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

67. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

68. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

69. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

70. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

71. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

72. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

73. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

74. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

75. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

76. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

77. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

78. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

79. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

80. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

81. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

82. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben zu erfreuen.

83. Kinder- und Jugendfeier
Schnellerei. Kinderfeier und die Chöre
der Kolonialen haben

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 7.

Donnerstag, den 9. Januar 1908.

15. Jähre.

Wann werden die Invalidenrenten erhöht?

Allenthalben spricht man jetzt von der großen Teuerung, verlangt oder gewährt Teuerungszulagen, weil mit den festgesetzten Gehältern nicht mehr auszukommen ist.

"Vater Staat" soll den Gemeinden mit gutem Beispiel vorangehen, heißt es und den Beamten eine Aufbesserung ihrer Gehälter gewähren. Das ist nicht nur allein Tagesgespräch, sondern wird in manchen Fällen auch bereits praktisch durchgeführt. Sogar die Pensionen sollen erhöht werden, wie die deutsche Lehrerforschung jetzt ernsthaft fordert, da die seitherigen Sätze unzureichend sind, der herrschenden Teuerung nicht stand halten können. Gut! Das alles für die Beamten! Und die Arbeiter? Diese haben kein festes, kein sicheres Einkommen, statt Teuerungszulagen, liegt Arbeitslosigkeit über Lohnreduktion zu gewärtigen! Und erst die Invaliden der Arbeit? Wenn die Pensionen der Beamten nicht mehr ausreichen, die jährlich 1000 bis 2000 Mark oft betragen, was sollen da erst die Invaliden- und Altersrentenempfänger sagen?

Mit Recht hat unsere Fraktion schon vor 19 Jahren im Reichstage bei der Beratung des Invalidengesetzes von den ausgeworfenen Hungerrenten gesprochen. Und wie haben sich seit diesen Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse geändert, trotz enormer Teuerung sind diese Hungerrenten geblieben, auch der Reichszuschuß wurde nicht erhöht. Wer denkt bei dem chronischen Falles der Regierung an die Erhöhung dieses Zuflusses?

Die armen Invaliden müssen deshalb notgedrungen sich mit der erbärmlichen Rente zufrieden geben, die im Höchstfalle beträgt;

in Lohnklasse I	133 Mark pro Jahr
II	166
III	192
IV	217
V	229

Das sind Durchschnittsrenten und müssen deshalb Täufende mit noch viel niedrigeren Sätzen zufrieden sein. Renten von 133 Mk. auch in Lohnklasse II und III sind keine Seltenheit. In vereinzelten Fällen sehen auch die Landes-Versicherungsanstalten selbst ein, daß diese Hungerrenten nicht mehr ausreichen, obwohl sie niemals ausgereicht haben.

So schreibt die Landes-Versicherungsanstalt "Weimar":

"Da sich die Höhe der Renten nach Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge richtet, so sind diese z. B. naturgemäß noch gering und schwanken von 115 Mk. bis 220 Mk. jährlich. Dieser Betrag erwies sich als zur Besteitung der nötigsten Lebensbedürfnisse namentlich in den Fällen als unzureichend, in denen andere Einkommensquellen oder die Unterstützung durch Familienangehörige nicht zu Gebote standen. Insbesondere traf dies auf alleinstehende Personen zu, denen es außerdem an einem geeigneten Unterkommen und der erforderlichen Pflege brach."

Aus Hunger, aus Not müssen deshalb diese Armen ihre letzten Kräfte wagen und ein neues Arbeitsverhältnis aufnehmen, sofern sie den Unternehmern ihre Invalidität verheimlichen können. Sie werden zu Lohndrückern wider Willen, weil sie ja wenig mehr leisten können, belasten die Krankenkassen aufs neue, siehe dann früh dahin, da der Rest der Kräfte ausgebraucht ist.

Die Versicherungsanstalten gehen nur langsam dazu über, eigene Anstalten für Invaliden zu errichten, um diesen Aufnahme zu gewähren. Sie geben damit zu, daß die Rentenempfänger mit diesen Beträgen nicht mehr auskommen können.

Als die Novelle zum Invalidengesetz am 1. Januar 1900 in Kraft trat, welche es den Versicherungsanstalten ermöglichte, eigene Invalidenheime zu errichten, war es die Versicherungsanstalt "Thüringen", welche die erste Anstalt zum Preise von 75 000 Mk. käuflich erworben hatte. Diesem Beispiel folgten bald andere Versicherungsanstalten, so daß nach den "Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes" Nr. 4 1907 heute die Versicherungsanstalten "Berlin", "Oberbayern", "Schwaben und Neuburg", "Thüringen", "Braunschweig", "Hansästädte" usw. eigene Invalidenheime besitzen, neue errichtet, zirka 930 Invaliden heute untergebracht sind! Doch was will diese kleinere Zahl bedeuten!!

Der Bericht der Versicherungsanstalt "Thüringen" gibt uns auch genauen Aufschluß über die Höhe der Pflegekosten eines Invaliden.

Die Ernährung beträgt, wobei die einzelnen Speisen genau aufgezählt sind, pro Tag 64 Pfennige, für Woche, Miete, Heizung, Taschengeld usw. wurden noch 41 Pfsg. pro Tag verausgabt, so daß sich ein Pflegetag auf 1,05 Mark stellt. Man denke, bei eigener Anstalt, bei 14 527 Pflegezöglingen, rationeller Wirtschaft und Beschäftigung der Pfleglinge nach Möglichkeit, eine Ausgabe von 1,05 Mk. pro Tag = 31 Mark pro Monat.

Nun beträgt aber die Monatsrente nur 12 bis 16 Mark!! Die Versicherungsanstalten haben deshalb oft mehr als den doppelten Betrag der Rente aufzuwenden, um die Rentenempfänger unterzubringen. Aus welchen Mitteln soll nun der "freie" Rentenempfänger diese Zuschüsse leisten?

Die Versicherungsanstalt "Niederbayern" schreibt in ihrem Bericht pro 1906, daß sie auch der Invalidenhauspflege ihre Aufmerksamkeit geschenkt habe. Statt einer eigenen Anstalt zu erbauen, hat sie ihre Invaliden in Privatpflege gegeben, und sie bemerkt:

"In dem mit dem Ayl St. Jordok in Landshut (Besitzer und Verwalter J. Filsheimer) verbündeten Invalidenhaus der Versicherungsanstalt für Niederbayern finden Rentenempfänger und Rentenempfängerinnen Aufnahme mit bester Verköstigung und Pflege ohne Unterschied der Konfession. Als Pflegesätze sind seitens der Versicherungsanstalt für männliche Personen 40 Mark und für weibliche 35 Mark monatlich zu zahlen."

Die Invalidenhauspflege verursachte einen Aufwand von 44 349 Mark, wovon 25 158 Mark durch Renten und andere Einnahmen (wie Armenpflegezuschüsse, Unfallrente usw.) gedeckt wurden, so daß ein Zuschuß von 19 190 Mark verblieb."

Die viel größere Versicherungsanstalt "Schlesien" hatte nur den Betrag von 15 520 Mark für Invalidenhauspflege aufgewendet. Da kein eigenes Heim vorhanden, so hat die Versicherungsanstalt die Pfleglinge in Privatanstalten untergebracht. Der Pflegesatz betrug pro Tag 1,06 Mk. durchschnittlich, "woraus eine durchschnittliche Einnahme von 0,42 Mk. in Aussicht steht, so daß die Versicherungsanstalt im Durchschnitt täglich einen Zuschuß von 0,64 Mark für jeden Pflegling zu leisten hatte". Die Rente betrug also pro Tag nur 42 Pfennige, während der Pflegesatz 1,06 Mark betrug.

Auch die Versicherungsanstalt "Württemberg" besitzt noch kein eigenes Invalidenhaus, hatte aber im Jahre 1906 insgesamt 107 Rentenempfänger in fremden Heimen untergebracht. Sehr billige Pflegesätze boten ihr die vorhandenen Stiftungen, Stifte, die nur 250 Mk. pro Jahr Pflegegeld verlangen. Die Pflegeanstalt Liebenau z. B. 1 Mark pro Tag Pflegegeld und „12 Mark jährlich für Bett im Bett gleich zusammen 377 Mk. pro Jahr. Das Männerheim Karlsböhne verlangt dagegen 400 Mk. pro Jahr als Pflegegeld. So kam es, daß die Versicherungsanstalt auf die eigentlichen Renten in Höhe von 10 778 Mk. nur noch 8938 Mk. in bar zurückziehen mußte; weil die große Mehrzahl der Invaliden zu einem Pflegesatz von 250 Mark pro Jahr untergebracht wurden.

Doch überall die gleiche Erscheinung! Sehr niedrige Renten und erhebliche Zuschüsse der Versicherungsanstalten zu den Pflegesätzen. Alle Berichte sprechen von einer erheblichen Zunahme der Anträge auf Invalidenhauspflege. Kein Wunder! Wer kann mit 35 bis 42 Reichspfennigen pro Tag sich selbst ernähren? Wer soll als Rentenempfänger auch damit noch eine Familie erhalten?

Die Hungerrenten schreien förmlich nach einer Erhöhung! Ob der Blockkanzler wohl eine Ahnung davon hat?

Soziales und Parteileben.

Sozialreform für die Bureauangestellten. Unter diesem Titel hat der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands (Berlin, Schmidstr. 33) eine von ihm an Reichstag und Bundesrat gerichtete Denkschrift über die Forderungen der Bureauangestellten an die sozialpolitische Gesetzgebung in Probstentform erarbeitet lassen. (Preis 30 Pfennig). Die Schrift schildert die elende Lage der Bureauangestellten, der "Proletariat im Steckfragen". Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Schichten werden noch verschlimmert durch den Mangel jeglichen gesetzlichen Schutzes. Selbst die dürftigen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind für die Bureauangestellten noch ein erstrebenswertes Ideal. Deshalb fordert die Denkschrift vor allem die Ausdehnung der Gewerbeordnung und der Gewerbegefechte auf die Bureauangestellten aller Branchen, insbesondere auch die Beschäftigung der grenzenlosen Lebblingszüchterei. Zweit Drittel der Bureauangestellten sind Zugendlöscher. Diesem Umstand und der Indolenz der Angestellten ist es zuwiderrütteln, daß die Organisation der Bureauangestellten mit den ungeheuerlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, daß sie noch klein ist und erst geringe Erfolge erzielen konnte. Der Verband rechnet daher auf die Hilfe der übrigen Arbeiterchaft. Deshalb sorge jeder organisierte Arbeiter dafür, daß seine Kinder und Verwandten, die als Bureauangestellte bei Reichsanwälten, Versicherungsgesellschaften etc. beschäftigt sind, Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufes werden. (Anmeldungen erbeten an den Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands, Berlin, Schmidstraße 33).

Der Kampf in der Kreuzfelder Textil-Industrie ist tot sächlich aufgehoben. Die Christlichen beschlossen in einer Mitgliederversammlung, die am Sonnabend vormittag stattfand, einstimmig, am Dienstag die Arbeit aufzunehmen. Nach einer langen Verhandlung beschlossen am Sonnabend nachmittag die Arbeiterausschüsse der Fabrikarbeiter in dem nämlichen Sinne. Es stimmten, die Abstimmung war geheim, 78 Vertreter für Aufnahme der Arbeit und nur 14 dagegen. Stürmisch ging es am Sonnabendabend in der Ausübung der Stoßweber zu. Für Aufnahme der Arbeit war keine Stimmung vorhanden und mußte die Versammlung resultlos geschlossen werden. Am Sonntag vormittag 11 Uhr tagte in der "Weber-Union" wieder eine Sitzung der Arbeiterausschüsse der Stoßweber. Den Verbandsvertretern sollte nur eine Redezeit von fünf Minuten bewilligt werden, es wurde ein Antrag angenom-

Das sonderbare Duell.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(4. Fortsetzung.)

"Sie haben uns wirklich schon vermischt," nickte Ralffson, als in diesem Augenblick ein Gewehr am Land abgefeuert wurde, um die Aufmerksamkeit des abfahrenden Bootes dort hin zu lenken, und dann lebhaft geschwungene Feuerbrände ein Zeichen gaben, daß das Boot noch einmal landen möge," während lautete, aber in dem Räum der Maschine unverständliche Anrufe herüber schaften. Der alte Backwoodsman konnte aber die Kapitäne solcher Mississippi dampfer noch nicht, die nur in sehr seltenen Fällen eines einzigen neuen Passagiers wegen des Lauf ihres Bootes hemmen, während hier natürlich die Wahrscheinlichkeit auf der Hand lag, daß sich nur einer der bis dahin mitgekommenen Passagiere am Land verspätet habe und zurückgelassen ist. Tet aber hatte jedenfalls seine Passage schon bezahlt und möchte sich seine Unschuldseligkeit selber zuschreiben — war vielleicht nicht einmal ein Räuberpassagier; und für einen vom Zwischendeck sollte der Kapitän doch wahrscheinlich nicht sein Holz unzulänglich verbrennen und seine Leute bezahlen.

"Wahrscheinlich Passagier an Land zurückgeblieben, Kapitän," sagte der Steuermann, als er zu ihm trat — "geben Zeichen am Land."

"Wahrscheinlich Mister Boot," erwiderte ruhig der Kapitän.

"Wollen doch nicht umkehren?"

"Denken gar nicht daran. Sie haben zur rechten Zeit geflutet?"

"Gi verstehst sich — alles in Ordnung!"

"Well! go ahead!" — Es wurde nicht weiter davon gesprochen und wenige Minuten später hielt das Boot auch fast quer über den Mississippi hinüber, um einer weiter

"Um Mississippi gilt in der Nacht ein ruhig brennendes Feuer am Ufer für ein Zeichen, daß dort Holzvorrat für vorbeikommende Boote aufgespeichert liegt. Ein geschwungener Feuerbrand aber bedeutet, daß Passagiere am Ufer Aufnahme wünschen, damit die passierenden Dampfer, wenn sie nicht selber anlegen wollen, das Boot abschieben können."

eben einkauenden Sandbank auszuweichen. Es war keine Möglichkeit mehr, daß ihnen irgend jemand vom Land aus hätte folgen können.

Viertes Kapitel.

Die Bootsfahrt.

Jetzt erst, in dem vollen Gefühl der Sicherheit, konnte Ralffson, der wirklich noch gar nicht einmal recht zu sich gekommen war, auch an die Geliebte denken und wie er sie hier an Bord unterbringen sollte. Es war alles so merkwürdig rasch gegangen, so plötzlich und unerwartet begonnen, ausgeführt und gelungen, daß er gar nicht imstande gewesen war, auf die Einzelheiten einzugehen. Er hatte ja bis dahin noch nicht einmal gewußt, ob sie sich wirklich als gesichert betrachten durften, ob ihm die Geliebte nicht wieder, wie er schon fest an ihren Bein glaubte, durch einen Zufall entrissen werden könnte. Jetzt war das nicht mehr zu befürchten — das Boot glitt in die dunkle Nacht hinein und die brennenden Holzbrände, die der Mannschaft erst vor kurzer Zeit zu ihrer Arbeit geleuchtet, schimmerten nur noch aus der Ferne wie ein paar matte Sterne zu ihnen herüber und verschwanden endlich, da sie eben wieder in eine Biegung des Stromes einfuhren, vollkommen aus Sicht.

Aber die beiden jungen Leute standen noch immer unten auf dem Zwischendeck, von einer Menge toben Volk umgeben — der Platz sah dabei so schmugig und düster aus — die Gesellschaft war eine so unangenehme, doch Ralffson diesen Platz so rasch wie möglich zu verlassen wünschte. Aber so — in Männerkleidung und noch dazu in einem Anzug, der ihr nicht einmal paßte, sondern nur, wie auf einem Kleiderstock, über ihren Schultern hing, ging das kaum an, und er mußte nur nicht, wo er hier einen Raum finden sollte, in welchem sie sich bequem umkleiden könnten.

"Wo hast du deine Sachen, Jenny?" fragte er sie jetzt leise, "deine Kleider mein ich!"

"Welche Kleider?" fragte Jenny, erstaunt zu ihm aufschauend.

"Eine Kleider, mein Herz — deinen eigentlichen Anzug, denn so kannst du doch nicht in die Käthe gehen."

"Ja ich habe nichts mitnehmen können," lächelte aber das junge Mädchen, "das ging alles so rasch, und die Schwestern hätten ja gleich Raum geschlagen, wenn jemand

mit einem Bündel unter dem Arm aus dem Haus gekommen wäre."

"Und du hast garnichts mitgenommen?"

"Garnichts," erwiderte sie, mit dem Kopfe schüttelnd — "nichts auf Gottes Welt, als meine Liebe zu dir," legte sie weich hinzu.

"Meine Liebe, süße Jenny — o wie ich dir dafür danke!" — aber — setzte er doch etwas verlegen hinzu, "wenn ich nur wüßte, wo ich Zeug für dich herbekomme — und die Dampfer legen immer nur so kurze Zeit an ihren Halteplätzen an."

"Aber was schadet das, du sonderbarer Mann — kommt ich denn nicht so bleiben wie ich bin?"

"Um — ja", meinte Ralffson — "du — du siehst allerdings auch so recht lieb und gut aus; aber wenn ich dich so in die Kajüte bringe — ich weiß doch nicht, was die Damen dazu sagen werden. Wir können Ihnen doch nicht erzählen, daß du in der Tracht deinen Eltern davon gelassen bist."

"Und weshalb nicht Sir?"

"Liebes Herz, du kennst die Menschen noch nicht, die nur zu geneigt sind, immer das Schlimmste von ihren Nebenmenschen zu denken und zu reden. Was würden Sie sagen?"

"Was können Sie sagen, als daß wir Mann und Frau wären," rief Jenny trocken, "und was liegt an Ihnen?" legte sie rasch und verächtlich hinzu — "denkt einer von allen denken auch nur noch morgen an ein armes Wesen, das gestern oder heute Ihren Tod gekreuzt? Herzlos, kaltes Volk — nur Ihre eigene Selbstsucht treibt Sie vorwärts, nie der allein folgen Sie immer im Kreise herum — immer im Kreise."

"Viertes Lachen und helles Jubeln, wie wildes Geschrei, Flüche und Gottesträstungen tönten aus dem Zwischendeck heraus, und die Menge rote vor Anspannung. Es wurde zwischen ein paar Männern Streit ausgetragen — was wütete weshalb — und ein Kreis um die beiden Verenden und sich blutig Schlagen wurde augenblicklich geschlossen.

"Las uns fort von hier — rasch!" bat Jenny in Lobsang und drängte sich an Ralffsons Seite — "o wenn die wütenden Menschen hierher kämen — und Blut! — Ich fürchte wenn ich es sehen müßte."

wen, ihnen eine solche von 10 Minuten zu zulassen. Eine derartige Beschränkung wüssten die Verbandsvertreter nicht unterkommen und verließen die Versammlung. Am Montag abend wurde schließlich in geheimer Abstimmung mit 806 gegen 749 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Zur Schäfermacher-Kraftprobe im Baugewerbe. Noch ein „Friedensdokument.“ Der Zweigverband Südbaden des Generalverbandes der Maurer hat von dem dortigen Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe folgendes Schreiben erhalten:

Bezugnehmend auf das Schreiben vom 9. Dezember n. J. erhalten Sie in der Anlage den seitens der Arbeitgeber aufgestellten und eintritt in angemommene Pauschalvertrag mit dem Betreiber, daß falls der Vertrag mit Ihrer Organisation nicht bis zum 15. Januar 1908 unterschaut und vollzogen an uns zurückgereicht wird, auf diese einstimmig gefasstem Beschluß von heute die Arbeit in sämtlichen Betrieben am 20. Januar 1908 eingestellt wird und daß jede Verhandlung mit Ihrer Organisation vorherhin ausgeschlossen ist.

Guben, 2. Dezember 1907.
Lokal Arbeitgeberverband
für das Baugewerbe zu Guben.

NB. Falls Sie den Vertrag nicht anerkennen, dann bitte ich denselben zu returnieren. D. C.
Über die Tagesordnung dieses Briefes berichtet der Grundstein:

Am 26. Oktober 1907 kündigten die Maurer und Zimmerer den bis zum 31. Dezember geltenden Vertrag mit der Ausstellung, daß der Stundenlohn von 41 auf 45 Pf. erhöht werden möge. Am 28. November teilte der Unternehmerverband den Gewerkschaften mit, daß er befürchtet habe, 41 Pf. Stundenlohn beizubehalten, der Arbeitsvertrag solle aber die Fassung des „Wettbewerbsvertrages“ befristen. Sodann dennoch kündigte der Unternehmerverband an, daß falls keine Bedingungen eingesetzt würden, bis zum 10. Dezember angenommen würden, in sämtlichen Betrieben die Arbeit am 2. Januar eingestellt werde.

Darauf bei der Bürgerversammlung unseres Zweigvereins geäußert, daß es die Aufstellung eines Wettbewerbsvertrages seitens des Unternehmerverbandes erwarte. Daß er zu Verhandlungen jederzeit bereit sei, habe der Vorstand unseres Vertragsrates in dem Schreiben vom 26. Oktober bezeugt. Auf dies Erwähnen seierte nun die obige Kriegserklärung des Unternehmerverbandes.

Was kann geschehen: Der Gubener Unternehmerverband ist äußerst „friedfertig“. Dieser Tage ließ der Unternehmerverband durch die Presse verkünden, daß „der Arbeitgeber jetzt agierende Gedanke für das Baugewerbe solle jedoch endete nur geringe Feste haben. Das Zeugniss des Arbeiters, unter dem umfangreichen Betriebsvertrag oder in den kleinen Betriebsfaktoren“... „Um der Betriebsfaktoren im Interesse des Unternehmers eine weitere Rücksicht zu geben, hat der Gubener Unternehmerverband für das Baugewerbe den Vertrag der Einigung eines Wettbewerbsvertrages“... „Die Kündigung der Verträge hat durchaus andere Motive als es... nicht mehr bestehen, als dass der Bischof auf Streit über Qualität zu fahren.“

Wieder als Friedensvertrag, die ja wohl auch nach Gubens Erfahrungswissen bald nach dem Schlußfest — ein Rüttelfest — das neue zu bewirken sein mögt in dem zweiten Jahr für das zweite „Friedensjahr“ ein weiterer Friede wieder des Friedenstaates, der zur noch dauerhaften wird von der Gubener Unternehmerverband, das die Wirtschaft so schlägt durch den „Wettbewerbsvertrag“, das der Arbeitgeberverband den „Wettbewerbsvertrag“ anstrebt — Wenn diesen Zustand aber so lange nicht sichere wird, wie das längste in Guben keinen Tag, dann wäre unter Friedensengel wohl gar nicht mehr aus der Veränderung hinauszutreten.

Die Antwort des Verbandsvorstandes der Maurer auf die Paritätshinrichtungen in den Kirchen in Westfalen und Brandenburg ist den Männern in Westfalen und Brandenburg keinem Gelingen, sondern einem sozialistischen Zusammenschluß an. In Berlin zeigte man der Kirche zu, daß sie den sozialen Zusammenhang aber so leicht nicht zerstören kann, wie das längste in Guben keinen Tag, dann wäre unter Friedensengel wohl gar nicht mehr aus der Veränderung hinauszutreten.

„Du sagst das ist mir nicht!“
„Komm hin und lass — Den kann niemand da für so ausschließen. Du muß braucht und sonst eine weitere Finanzabspaltung liegt es Ihnen fern, um die Kirche zu führen, in der plötzlich sozialen Gruppe durch den einzigen Friedensvertrag nicht zum anderen zu führen.“

Verständnis, was die Ausführung in welche Richtung führt, als sie direkt an der betroffenen, zündenden, brandenden, brennenden Kirche hin, einer der neuen sozialen Gruppen mache. Den Kirchen zu sich an die Kirche zu und dazwischen — „Du sagst das ist mir nicht! — die Kirche! — die Kirche! — Sag, war das schamlos und schamlos und doch waren schamlos!“

„Hier sitzt Herz“ dachte der junge Mann, „Auch du denkst in diesem Leben noch ohne Bezeugungskarte gewesen?“ Sie Redner und Säuber können keinen Platz mehr aus dem Lande eingenommen haben außer mit der Art nicht das Recht zu fordern.“

„Jenny entzweite ihm nicht, aber sie hörte die Worte an seiner Stelle, die sie den Friedensvertrag verhindern wollten und nun wieder nach dem Zug in die Heile Zeit hinzurückten. Dann stand sie zuerst den Platz nach dem kleinen Platz hinüber — über den lag bereits in meine Hände. Durch den kleinen Platz fuhr sie ein großes Stück ab und hielt hier an, denn gerade an dieser Stelle sah Jenny einen Mann, der sie in der Nähe bestaunen, eine Linie. Es war dieser Mann und ausgesehen auch aus ein Stich zwischen den Menschen zu erkennen. Überzeugung, meiste auf mich, es, ein anderes Wort. Wie in einem kleinen dunklen Saal entzweite sie einen auf der vorherhergehenden Seite — der eingeschlossene Mann, Wolf und Wilhlem, stand auf dem Platz.“

„Und dann am Samstag mit, der sie zu den Bereich gehörten, aber Menschenlosen standen, die der Geist des Menschen entzweite hatte, um allein den Zug zu den anderen Seiten des Weltens zu bringen. Nach kurz dem Zug

ihren Ende Januar resp. Anfang Februar zugehen. Weiter ist den Unternehmern gesagt worden, daß diese Antwort zugleich im Namen der Bau- und Baueigentumsleitung ertheilt wird.

Eine Mischaussetzung. Wenn nicht noch im letzten Augenblick einflußreiche Besonderheiten zwischen den Bürgern von 881 Baumwollspinnereien in Lancaster (England) und der Vereinigung der Grandler verhandeln, schließen am 18. Januar die Spinnereibesitzer ihre Spinnereien. Dadurch werden direkt 15000 Menschen brodeln, indirekt aber noch bedeutend mehr.

Lohnbezugszonen schwedischer Bauarbeiter. Zum Frühjahr wird es in Stockholm, Kalmar und anderen Städten Schwedens zu Lohnverhandlungen im Baugewerbe kommen. Die Unternehmer planen Lohnherabsetzungen und hoffen damit leichter über die herrschende Krise hinwegzutun; die Arbeiter halten wegen der steigenden Neuerung Lohnforderungen für unabdingbar notwendig. In Stockholm haben in einigen Branchen des Baugewerbes die Arbeiter die Kündigung der bestehenden Tarifverträge beschlossen; die Unternehmer beschlossen nun ihrerseits die Kündigung der Tarifverträge aller übrigen Branchen. In Kalmar sind die Tarifverträge von den Arbeitgebern gekündigt worden. Die Kritik im Baugewerbe ist keineswegs durch einen Überfluss an Wohnungen verhindert. In Stockholm mussten zum 1. Dezember des vergangenen Jahres über 1000 Obdachlose, eine größere Zahl als je zuvor, die Hilfe anstreben. Die Kriechen sind Mangel an kleinen Wohnungen, ungeheure Höhe der Raten und dazu die Arbeitslosigkeit. Nach Aussage eines Armeinsektes ist in der schwedischen Hauptstadt die Wohnungsknot und die Überfüllung der Wohnungen in der Arbeitervolkssiedlung schlimmer als jemals.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 8. Januar 1908.

74. Sitzung. Mittwoch 2 Uhr.

Am Bundesstaatlich: Kommission.

Präsident Graf Stolberg gratulierte nachträglich zum neuen Jahre und teilte gleichzeitig mit, daß er die konferentielle Intercession über die Bank-Diskont-Höhe am Dienstag den 14. Januar auf die Tagesordnung zu legen beabsichtige.

Darauf erhob zum Antritt Graf Hompesch (Centr.) betreffend Förderung des Mittelstandes das Schlesien.

Dr. Reutter. [Die Ausführungen werden von dem sehr leidenschaftlichen Dr. Reutter mit großer Nachdrucksstärke entgegengenommen.] „Ich freue mich, daß die verschiedenen Parteien den Handelsförderungen freundlich gegenüberstehen, befiege aber nie, daß die Sozialdemokraten den Lebewilligen aus dem Herzen reißen wollen. (Beifall in Centr.)

Der Antrag wird in seiten einzelnen Teilen mit großer Zustimmung angenommen.

Es folgt die Berichtigung des Antrages Reutter v. Reichenau, die verbündeten Regierung anzufordern, einen Gesetzesentwurf über die Verbesserung der Gewerbebeamten bei Beginn der nächsten Reichstags-Sitzung vorzulegen.

Dr. Stichendorf (L.) begründet den Antrag und steht auf der Tribüne unverändert.

Dr. Stichendorf (L.) bringt die Entwicklung der Gewerbebeamten über die Verbesserung behandelnde amtliche Entschließung zum Ausdruck. (Vizepräsident Dr. Vaeck) erachtet ebenfalls den mit großer Nachdrucksstärke entgegengenommenen Antrag, der haben freilich Parteien keinen Sinn zu haben, verlangen Sie den Staat (Marode und Vermürrung zu fördern) und auf dem Prinzip, jenseits nichts fortzuführen ist ob es darum geht, einen Gewerbebeamten ein zweites Mal auf den Reichstag zu rufen, oder aber der Gewerbebeamten irrtümlich aus dem gewählten politischen Abgeordneten für einen zweiten gehalten hat. Nach der Entschließung sind 23 Prozent des Gehalts der Gewerbebeamten erhöht, um eine lebenswerte Verbesserung zu schaffen. Wir sind aber überzeugt, daß man auch mit geringeren Beitrag ankommen wird. — Die Berichtigung kann die wirtschaftliche Entwicklung nicht hindern, sie vermag aber Schwierigkeiten zu mildern und die Fortsetzung weiterer Gewerbebeamtenentwicklungen. (Beifall in d. Part.)

Dr. Stichendorf (L.) dankt häufig für Arbeit, Gewerbe und Arbeit. (Beifall rechts)

Stettinius (L.) erläutert Ablehnung der Privatbeamtenförderung an die Arbeiterversicherung, doch unter Schaffung eines Sonderfonds.

Da mein Herz' jetzt läuft, jetzt darf ich entscheiden, ob ich weiter kann oder nicht die Kirche. Ich will es genau — das kann mir nicht. Da wir die nur den Schranken zwischen Frieden und Frieden, ich je kost machen, will ich nur durch die Kirche für mich zu bestimmen.“

„Du sagst das ist mir nicht!“

„Komm hin und lass — Den kann niemand da für so ausschließen. Du muß braucht und sonst eine weitere Finanzabspaltung liegt es Ihnen fern, um die Kirche zu führen, in der plötzlich sozialen Gruppe durch den „Wettbewerbsvertrag“ nicht zum anderen zu führen.“

Verständnis, was die Ausführung in welche Richtung führt, als sie direkt an der betroffenen, zündenden, brandenden, brennenden Kirche hin, einer der neuen sozialen Gruppen mache. Den Kirchen zu sich an die Kirche zu und dazwischen — „Du sagst das ist mir nicht! — die Kirche! — die Kirche! — Sag, war das schamlos und schamlos und doch waren schamlos!“

„Hier sitzt Herz“ dachte der junge Mann, „Auch du denkst in diesem Leben noch ohne Bezeugungskarte gewesen?“ Sie Redner und Säuber können keinen Platz mehr aus dem Lande eingenommen haben außer mit der Art nicht das Recht zu fordern.“

„Jenny entzweite ihm nicht, aber sie hörte die Worte an seiner Stelle, die sie den Friedensvertrag verhindern wollten und nun wieder nach dem Zug in die Heile Zeit hinzurückten. Dann stand sie zuerst den Platz nach dem kleinen Platz hinüber — über den lag bereits in meine Hände. Durch den kleinen Platz fuhr sie ein großes Stück ab und hielt hier an, denn gerade an dieser Stelle sah Jenny einen Mann, der sie in der Nähe bestaunen, eine Linie. Es war dieser Mann und ausgesehen auch aus ein Stich zwischen den Menschen zu erkennen. Überzeugung, meiste auf mich, es, ein anderes Wort. Wie in einem kleinen dunklen Saal entzweite sie einen auf der vorherhergehenden Seite — der eingeschlossene Mann, Wolf und Wilhlem, stand auf dem Platz.“

„Und dann am Samstag mit, der sie zu den Bereich gehörten, aber Menschenlosen standen, die der Geist des Menschen entzweite hatte, um allein den Zug zu den anderen Seiten des Weltens zu bringen. Nach kurz dem Zug

Dr. Müggel (FBP.) bedauert die Abwesenheit von Regierungsvertretern und wendet sich gegen den Vorstand einer Sonderklasse, der die Einzurückung weiterer Lohnkürzungen vorzusehen sei. (Beif. b. d. Freiheit.)

Schmid-Berlin (Soz.): Auf das Wohlwollen der Arbeitgeber kann man die Privatbeamten nicht verweisen, denn aus eigener Initiative gewähren die Arbeitgeber nichts. Wir sind durchaus der Ansicht, daß die Privatbeamten gegen ihren niedrigen Einkommen eine Versicherung zu fordern haben, nicht aber können wir der Forderung einer Sonderklasse zustimmen. Wir glauben auch trotz der Ablehnungsversuche, daß hier Standesvorurteile mitwirken. (Beif. b. d. Soz.) Unser Bestreben geht auf möglichst Vereinheitlichung und Centralisierung der gesamten Versicherung. Wir wünschen eine Versicherung aller Arbeiter, also auch der geistigen Arbeiter, und meinen, daß wir die Einheitlichkeit der Versicherung nicht abermals durch besondere Kasseninrichtungen und Sondergesetze in Gefahr bringen dürfen. (Beif. b. d. Soz.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1. Uhr. (Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, Vogelschutzgesetz, Maß- und Gewichtsordnung, Haftung des Tierhalters.) Schluß 6 Uhr.

Genossenschaftsbewegung.

Die Sorge um die „Konsumtentagsschen“. Eine gewisse Sorte von Zeitungen durchläuft gegenwärtig die nahestehende, offizielle Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entstammende Notiz:

Sozialdemokratische Genossenschaftsräte. Eine in heilem Nebeneinande haben sich viele „Genossen“ in den sozialdemokratischen Konsumvereinen durch Aufsichtsratsposten geschaffen. Die Ehre, zu diesen Auserlesenen zu zählen, haben in der Regel nur solche Mitglieder des Konsumvereins, die nicht Beamte, Arbeiter, Lieferanten oder Konkurrenten der Konsumgenossenschaft sind. Die Aufsichtsräte werden in öffentlichen Generalversammlungen gewählt. Es sind meist Arbeiter oder kleine Handwerker, die es trotz ihrer agitatorischen Parteilichkeit noch zu seiner Parteistellung brachten und es als Trostpreis ansehen können, Aufsichtsratsmitglied eines sozialdemokratischen Konsumvereins zu sein. Die Nebeneinnahme ist gar nicht so übel; denn oft wird der Aufsichtsrat wöchentlich mehrmals einberufen und die Mitglieder erhalten für ihr Ja und Amen pro Sitzung 2 bis 3 Mk. Wie die Leitung eines sozialdemokratischen Konsumvereins von den Aufsichtsräten bewertet wird, illustriert der Offenbacher Konsumvereinsaufsichtsrat, der die Richtigkeit einer Bilanz unterstrichlich mit der Einschränkung beglaubigte: „Soweit dies möglich war“! Dieses Aufsichtsratsmitglied weiß genau, daß es im Grunde nichts zu sagen hat; „denn wer sich nicht fliegt, der fliegt“, gilt auch unter diesen „Genossen“. Der Konsumvereinstisch in Offenbach beweist ja, daß es geradezu Aufgabe des Aufsichtsrats ist, angebliche Vorteile für Mitglieder auszupolieren, aber alle offenkundigen Nachteile zu vertuschen.

Die „Genossen“ haben aber an den Aufsichtsratsposten ihrer Konsumvereine noch nicht genug. Sie haben eine neue Einnahmequelle entdeckt unter dem Titel „Genossenschaftsrat“. In industriereichen Zentren, wo oft mehrere Konsumvereine in naher Umgebung beieinander liegen, sollen ganz nach sozialdemokratischem Organisationsmuster Bezirkskonsumvereine gegründet werden, d. h. die zentralisierten Verbände bekommen zur angeblich einheitlichen Leitung einen Zentralaufsichtsrat unter dem Namen „Genossenschaftsrat“. Dieser wird aus dreimal so viel Mitgliedern bestehen, als die Genossenschaftsverkaufsstellen haben. Angenommen, 10 Konsumvereine mit je 4 Verkaufsstellen bilden einen Bezirkskonsumverein, so bestünde der Genossenschaftsrat aus 120 Mitgliedern. Wenn jedes Mitglied, wie üblich 3 Mk. pro Sitzung erhält, so würden bei nur einer Sitzung wöchentlich, an den Genossenschaftsrat jährlich 18 720 Mk. ausbezahlt. Natürlich werden den Konsumvereinsmitgliedern die Dividenden auch entsprechend geschüttet.

Es ist ein ganz erfreuliches Sündchen, was die sozialdemokratischen Konsumvereinsmitglieder für ihre Vorstände mitgliedert und Aufsichtsräte und nach neuester Einrichtung für die Genossenschaftsräte zu bezahlen haben. Die Herren aber, die sich aus ihren Konsumvereinen so schöne Nebeneinnahmen zu verschaffen wissen, fahnen ganz gut mit ihrem Geschäftssozialismus.

Man weiß nicht recht, was für diese Notiz charakteristischer ist: die hervorragende Niedrigträchtigkeit oder die unverstorbene Unfehlbarkeit der Wahrheit. In beiden leistet sie offenbar beträchtliches, und es gehört eine nicht geringe Meisterschaft im Schmähen und Schwärmen dazu, um eine solche Notiz überhaupt zustande zu bringen. Man beachte nur,

Hier ist das Geld, aber noch eine andere Bitte hätte ich an Sie. Wäre es nicht möglich, uns an Bord für Geld und gute Worte irgend welche Fraueneider zu verschaffen?

„Um — ging wohl verdammt eifrig?“ lachte der Clerk, „wir wollen sehen. Werde Ihnen nachher gleich das Kammermädchen hinüber schicken, welche die Aufwartung in der Damenklause hat — wird ungefähr eine Figur sein und läßt sich vielleicht machen. Für Geld ist alles in Amerika zu haben. Bitte, Madame, wollen Sie gefälligst nicht treten?“

Der Yankee, der wohl merkte, daß der fremde Passagier Geduld bei sich führte, um alle Unkosten zu bestreiten, war außerordentlich höflich geworden. Sehr geschickt ließ er auch das Licht der Lampe auf Jennys Gesicht fallen, ehe diese sich abwenden konnte, und als er die wirklich schönen Züge des Mädchens erkannte, bot er ihr auf artige Weise den Arm und führte sie — sehr zum Erstaunen der übrigen Passagiere, die wohl die Köpfe zusammenziehen, durch den Salon hindurch in die Ladieskabine, an deren Tür er aber die Kammerfrau antrete — denn er selber durfte den Platz nach Eintreten nicht betreten, und ihr rasch einzuflüsterte. Dort ließ er sie allein und wies seine Koffer seinen eigenen Platz an, der — eben nicht in der Stimmung, heute nacht noch neue Bekanntschaften zu machen — rasch sein wenigstens Gepäck ablegte, die Bücher verwahrte und dann sein eigenes Lager suchte. Er konnte ja doch heute nacht nichts mehr für Jenny tun, die sich in den Räumen der Damenklause auch sicher wohl genug befand.

Am nächsten Morgen schlief er ziemlich lange. Es war so unruhig an Bord gewesen und das monotone Klappern der Reiseküche hielt ihn noch so lange wach, daß er, als er endlich wirklich in Schlaf fiel, sich gar nicht wieder erinnern konnte. Die Sonne blieb auch schon draußen auf das Wasser richten, und eigentlich hätte ihn nur das hellen Lärm der ersten Frühstücksglocke aufgeweckt. Die kleine Toilette brauchte er aber nicht lange Zeit; in wenigen Minuten hatte er sich gewaschen und angezogen, und als er hinaus in die Küche trat, in welche alle die Küchen der Schiffsgäste führten, fand er erst wenige Passagiere dort versammelt. Allerdings hätte er am liebsten gleich nach Jenny gefragt; aber er wollte doch auch wieder warten, bis der Kellner klopfte kommt, oder bis er vielleicht die Cheminée wieder fand.

(Fortsetzung folgt.)

wie der Schreiber im ersten Abschnitt zunächst die Aussichtsräte den „mühelosen Gewinn“ einsacken lässt, wie dann im zweiten Abschnitt zu diesen Aussichtsräten die Genossenschaftsräte kommen und wie schließlich im dritten Abschnitt durch Hinzutreten der Vorstandsmitglieder ein Triumvirat entsteht, das sich an den „Konkurrenzgeschäften“ bereichert. Diese Steigerung erhöht die Wirkung der Schmähnotiz, denn nur wenige Leser werden wissen, daß der erwähnte Genossenschaftsrat teilweise die Funktionen übernimmt, die vorher die Aussichtsräte in ihrer Vereine erfüllten. Die Praxis wird es daher mit sich bringen, daß Genossenschaften, die sich zu Bezirkskonsumentvereinen vereinigen, die Zahl ihrer Aussichtsratsmitglieder verringern, so daß der Endeffekt der sein wird: Genossenschaftsrat und Aussichtsrat des Bezirkskonsumentvereins umfassen nicht mehr Mitglieder wie die Aussichtsräte der vorher selbständigen Vereine. Also selbst einmal zugegeben, es sei wünschenswert, die Zahl der in der Verwaltung tätigen Mitglieder der Konsumvereine zu beschränken, so würde die Einrichtung von Bezirkskonsumentvereinen mit Genossenschaftsräten diesem Streben doch nicht entgegenstehen. Die Vorstandsmitglieder erhalten für ihre Teilnahme an den Aussichtsratssitzungen überhaupt keine Entschädigung.

Die Dinge liegen nun aber tatsächlich so, daß die Entschädigung an die Verwaltungsmitglieder so gering ist, daß nicht mehr als die notwendigen Ausgaben damit gedeckt werden können. Für das Ergebnis der Geschäftstätigkeit eines Konsumvereins kommen die geringfügigen Beträge gar nicht in Betracht, und die Höhe der Rückzahlung wird durch ganz andere Faktoren beeinflußt, wie die Entschädigung der Aussichtsratsmitglieder. Der Atrikelschreiber, der „mühelosen Gewinn“ so abholt zu sein vorgibt, würde daher besser daran tun, sich mit den Tantienen der Aussichtsräte von kapitalistischen Aktiengesellschaften zu beschäftigen. Deren Gewinne sind in der Regel beträchtlich höher und auch viel „mühelos“, wie die der Aussichtsratsmitglieder in Konsumvereinen.

Was dann noch die Stempelung der Konsumgenossenschaften zu sozialdemokratischen Institutionen und die Aussichtsratsposten zu Einrichtungen für geleistete Parteidienste betrifft, so dürfen wir uns wohl mit dem Hinweise auf das Genossenschaftsgesetz und die oft genug betonte Neutralität der Konsumvereine begnügen. Allerdings ohne die Hoffnung, damit auf Gegner vor der Art der eben gekennzeichneten Eindruck zu machen. Diese Sorte muß lügen. Es hat aber wirklich keinen Zweck darüber besonders anzuregen; die kurzen Beine ihrer Lügen straucheln doch, bevor sie den ruhigen Schritt der Genossenschaftsbewegung antreten können.

Die badischen Handwerkergenossenschaften unter den Mitteln der Regierung. Der „Schwäbische Merkur“ vom 17. Dezember 1907 lädt sich aus Karlsruhe berichten:

Neuerdings lädt sich die Regierung die Gründung von Handwerkergenossenschaften und deren Förderung besonders angelegen sein. Im Dezember vor, d. s. ist ein Landesverband gegründet worden, dem 18 Genossenschaften beigetreten sind. Zu der ursprünglichen Einrichtung des Verbands hat die Regierung einen Zuschuß von 4000 Mark in dem außerordentlichen Budget für das laufende Jahr bereit gestellt. Bis jetzt sind weitere sechs Handwerkergenossenschaften gegründet worden, so daß die Zahl derseitlich sich im ganzen auf 30 beläuft. Davon haben sich 24 dem Landesverband angeschlossen. Obgleich das Land es gewissermaßen einen in Genossenschaftswesen ausgebildeten Rahmen angekettet hat, der die Handwerker über die Vorteile genossenschaftlicher Organisation aufklärt, und bei der Gründung von Genossenschaften mitzuhelfen bereit ist, geht die Errichtung neuer Genossenschaften doch nicht in dem Maße vorwärts, wie es im Interesse der Handwerker und Kleingewerbetreibenden wünschenswert wäre. Es hat sich dabei gezeigt, daß es meist sehr schwer ist, aus dem Gewerbestand geeignete Persönlichkeiten zur Leitung von Genossenschaften zu finden, und die Regierung will deshalb besondere Unterstützungskurse für Geschäftsführer von Handwerkergenossenschaften einrichten. Ferner sollen neu gegründete Genossenschaften zu den Kosten der ursprünglichen Einrichtung und außerdem Werkgenossenschaften, die für die Fertigung von Maschinen von vornherein größerer Kapitalien bedürfen, Staatszuschüsse erhalten. Für alle diese Zwecke fordert die Regierung einen jährlichen Beitrag von 15000 Mk. an.

Die badische Regierung nimmt sich der Handwerkergenossenschaften wirklich mit viel Sorgfalt an. Sie gibt ihnen direkte Unterstützungen, stellt Beamte an, richtet Unterrichtskurse ein und läßt selbst Genossenschaften gründen. Und was ist der Erfolg dieses Mühens? 30 ganze Genossenschaften, von denen Leistungen niemand etwas weiß. Die Herren Handwerker schwören lieber über die Konsumvereine. Zu eigener genossenschaftlicher Verstärkung braucht es nur selten, und wenn man sie an den Haaren in die Genossenschaften hinzieht, stehn die Freunde dieser Genossenschaften gewöhnlich im ungeliebten Verhältnis zu den außergewöhnlichen Kosten und Mäßen.

Der

Peters-Prozeß gegen v. Bennigsen.

In der gestrigen Vormittags-Sitzung wurde die Angelegenheit der Korrespondenz mit Dr. Peters und dem Bischof Smuthies weiter erörtert. v. Bennigsen behauptet, Bischof Smuthies habe sich an den Gouverneur v. Soden gewandt wegen der Vorgänge am Klimandscharo und Peters dabei offen als Mörder bezeichnet. Peters erwidert, er habe zu seiner Zeit allen Grund gehabt, der britischen Mission zu misstrauen. Was gegen ihn vorgebracht wurde, sei alles Rüstenstatisch und habe kein Hindernis dafür gebildet, daß ihm 1895 die Landeshauptmannschaft von Tanganyika angeboten wurde mit erhabtem Rang und Gehalt, was er aber abgelehnt habe.

Rechtsanwalt Halk befragt die Vorlegung eines bestimmten Teiles der Korrespondenz mit Dr. Peters und des Bischofs Smuthies, der sich bei den Akten des Kolonialamtes befindet. Dr. Peters stimmt dem zu, worauf der Vorsitzende bemerkt, es wäre vielleicht besser, alle Briefe von Peters und Smuthies einzufordern. Die Vernehmung des Fr. v. Soden in Stuttgart ist für Montag festgesetzt. Am nächsten Mittwoch soll weiter verhandelt werden. Das Gericht beschließt die Einforderung der Korrespondenz von Kolonialbeamten. Durch Bestellung des früheren Kanzleichehls Wiel in München wünscht Herr v. Bennigsen festzustellen, ob Peters die Jagodja ohne weitere Verhandlung in Rente gelegt habe. Jurist Sello nicht aus Gründen des Todesbriefes hingerichtet wurde.

Dr. Peters sagte aus, die Reuehaft sei nach der Vernehmung angeordnet worden. Wer mit Ketten floh, hätte das Leben verwirkt. Es seien nur die absoluten Schuldigen in Ketten gelegt worden. Nun ist bestätigt, daß die Genossen wützen, daß sie im Falle der Bestätigung die Todesstrafe zu gewangen hätten. Von einem diesbezüglichen Gesetz wisse er allerdings nichts. Auf eine Frage des Rechtsanwalts fällt erklärte Wiel, er wisse weder, ob die Jagodja befreit wurde, noch ob die Todesurteile vor der Hinrichtung

verkündet sind. Auch fügte er im Gegensatz zu früheren Aussagen hinzu, daß er über den Verkehr schwarzer Mädchen im Stationshause nichts sagen könne. Es habe auch noch ein Wohnhaus für Mädchen und ein Haus zum Kochen beim Stationshause gestanden. Hierauf tritt eine Mittagspause ein. — Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen sagte der Zeuge Magistratssekretär Wilhelm aus Schöneberg bei Berlin, der damals Unteroffizier war, aus, die vier schwarzen Mädchen hätten zur Station in keinem Dienstlichen Verhältnisse gestanden. Sie hätten nur mit Europäern verkehrt. Die schwarzen Soldaten hätten ihre Weiber bei sich gehabt. Auf Befragen gibt der Zeuge eine Darstellung der Station und eine Darlegung über den Auftrag Dr. Peters, die entflohenen schwarzen Mädchen aus ihren Heimatdörfern zu holen. Als dies gelungen war, habe Dr. Peters befohlen, Granaten von der Station nach dem vier Kilometer entfernten Dorfe zu werfen, obwohl er — Dr. Peters darauf aufmerksam gemacht, daß die 35 cm-Geschüre nicht so weit reichen. Durch die Stacheldrähte, die die Station umgaben, habe man alles sehen können, so daß eine Befürchtung von Verrat nicht vorliegen konnte. Zeuge machte Aussagen über die Misshandlungen der Jagodja. Es habe ihm geschehen, daß Peters über die Meldung, daß die Jagodja nicht weiter geschlagen werden könne, weil sie nicht mehr ertragen kann, sehr ärgerlich gewesen sei. Zeuge sagte nun, was er in der Verhandlung in München vergessen hatte, nämlich: Peters sei ärgerlich darüber gewesen, daß er — Wilhelm — den Bericht an seine militärischen Vorgesetzten früher abgeschickt hatte, als Peters meinte. Zeuge habe das Gefühl gehabt, und es sei auch allgemein darüber gesprochen worden, daß bei der Hinrichtung des Madruk und der Jagodja gleichzeitige Motive mitgespielen, und daß er von dieser Meinung kein Hehl mache. Er sei am 1. Januar 1892 von Peters fortgeschickt worden, um eine Brücke zu bauen und eine Karawane von der Küste abzuholen, die er jedoch nicht antraf. Kurz nach seinem Abmarsch sei der Gerichtshof zusammengezogen und die Jagodja am 5. Januar 1892 gehängt worden. Er habe das Gefühl, daß Peters ihn nur weigerte, weil er ihm unfeindlich war. Die Jagodja habe garnicht gewußt, warum sie freigesetzt wurde. Peters fragte dann den Zeugen, ob dieser ihm nicht selbst die aufgetragte Stimmung der Schwarzen gemeldet habe. — Wilhelm bejaht dies. Peters fragte weiter, ob Zeuge ihm nicht auch die Niederholung der deutschen Flagge gemeldet habe, worauf sich Zeuge nicht zu enthalten wußte; wenn er — Wilhelm — es aber vor dem Disziplinargericht ausgesagt habe, so halte er es aufrecht. Peters führte dann aus, er habe wohl eine Karawane mit Nahrungsmitteln von der Küste erwartet und der Weg sei ihm nicht sicher gewesen. Er habe den Zeugen beordert, der Karawane entgegen zu gehen. Zustizat: Dr. Sello fragte den Zeugen weiter, ob ihm im Dezember 1891 die Niederlage der Expedition von Zelenkow bekannt gewesen sei. Der Zeuge bejaht dies. Herr v. Bennigsen bestreitet es, weil die Schwarzen den Namen von Zelenkow gar nicht gekannt haben. Zeuge Wilhelm gab dies zu, betonte aber, daß damals keine andere Niederlage in Frage kommen konnte. Die Neger hätten allgemein gesagt, die Deutschen seien schlapp. Sie seien von den Wahlen geschlagen worden.

Hierauf wurde die Sitzung auf 4 Uhr nachmittags vertagt. In der Nachmittagsitzung erklärte der als Zeuge vorgenommene Direktor der Kolonialeisenbahnbetriebs-Gesellschaft Mittelstaedt-Charlottenburg, daß Dr. Peters wegen Kleinigkeiten schwerere Strafen verhängte. Der von dem Kläger geladene Zeuge von Beckmann-Vorlesungen sagte aus, Madruk sei verurteilt worden, weil er eines Einbruchs diebstahls überführt wurde. Er, Zeuge, habe als Zeuge des Gerichtes auf der Todesstrafe bestanden. Dr. Peters habe anfangs nicht gewollt; es sei aber nicht anders möglich gewesen, weil einem Täter der Tod angestrobt werde, wenn er den Diebstahl nicht sofort eingestellt. Geschlechtliche Motive bei dem Urteil: sie seien vollständig ausgeschlossen. Auf Befragen erklärte Zeuge weiter, daß Madruk, der bei Peters eine Vertrauensstellung einging, den Verdacht fehlerhafter Liebstähle auf andere zu lenken verucht habe. Die Strafe habe vollstreckt werden müssen angesichts des gefährdeten Poitens, den Peters einging.

Zeuge v. Beckmann erklärte bezüglich der Hinrichtung der Jagodja, daß auf Flucht Peters Todesstrafe gelegt sei. Auf Anfrage des Vorsitzenden, ob Dr. Peters auch hier gegen die Todesstrafe gewesen sei, erklärte der Zeuge, daß es demselben deutlich gewesen sei. Geschlechtliche Motive hätten auch hier nicht vorgelegen. Peters habe auch begründeten Anlaß zu der Verurteilung gehabt, daß die Jagodja, die eine anxigefährliche Person gewesen, mit verschiedenen Stämmen konspirierte. Auch auf eine andere Frage erklärte Peters, daß im deutschen Kolonialgericht Todesstrafe für Wettbewerber enthalten sei. Über den Leumund Bronarts von Schellendorf befragt, erklärte v. Beckmann, er solle für nicht ganz zuverlässig gelten. Hierauf gelangte die Aussage Bronarts von Schellendorf vom Jahre 1893 zur Verleistung. Dr. Peters bestritt ein für allemal die Glaubwürdigkeit Bronarts. — Nach einer kurzen Pause wurde Graf Weil als Sachverständiger darüber vernommen, ob die Maßnahme Peters vom Standpunkt der Afrikareise notwendig war. Graf Weil erklärte, daß große Strenge im allgemeinen angebracht war, daß aber seiner Meinung nach bei den Klimaneutrals-Deutschen eine so groÙe Strenge nicht nötig war. Ein abschließendes Urteil könnte er nicht abgeben.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Ein Jahr aus dem Leben eines Schmucks.

Personen: Der Preßgeheimrat aus der Wilhelmstraße zu Berlin; Schmuck, Vertreter eines Weltblattes.

Der Geheimrat: Ein äußerst schwieriger Fall, lieber Doktor. Wie denken Sie sich, daß Sie die öffentliche Meinung diesmal auf Ihnen gemietete Droht ziehen?

Schmuck: Seien Sie unbefangen, Herr Geheimrat. An dem Draht wird sicher das Publikum, die großen Gliedergruppen, auch jede Partei führen, die notwendig ist, damit sie zu denken verzögert. Sie meinen also, daß die Sache wahr ist?

Geheimrat: Sicher.

Schmuck: Dann müssen wir bei den teuren Zeiten Geld sparen. Wir telegraphieren und telefonieren gar nichts. Das Wochenblatt des Herrn Harden reicht nicht für uns, in 14 Tagen ist alles verlesen.

Geheimrat: Um, das Mittel ist nicht neu, aber bewährt. Doch mein lieber Doktor, ihr erprobter Schriftsteller läßt Sie diesmal im Stich. Die Sache ist schwieriger. Um Vertrauen, es wird wahrgenommen Ories gewünscht, daß die schweiflichen Erzählungen bekannt werden und ihre Wirkung tun. Der Chef fürchtet für sein Leben, die Tafelrunde hat einen neuen Anwälter auf Lager — (mit Betonung) auf Lager!

Schmuck: Also lancieren wir sensationelle Erzählungen. Auf dem üblichen Wege; ich gebiete zunächst in das kleine Lokalblatt, das der Verleger meines Weltblatts gleichzeitig herausgibt. Hat sich schon bei dem seligen Hamsterstein von der „Kreuzzeitung“ bewährt, als ich ihn unbedingt machte. Sie brauchen mich nicht zu intrudieren, Herr Geheimrat. Ich weiß, daß die Quelle immer im Dunklen bleiben muß. Oder meinen Sie, daß ich einen Kollegen, der gewerbsmäßig den Chef angreift, beauftragte? Dann glaubt man an eine Intrige gegen den Chef und der Chef ist gerettet.

Geheimrat: Nein, nein, so geht es diesmal nicht. Die Kamarilla der Kinder, wie Bismarck zu sagen liebte, ist zu stark. Wird die Absicht gemerkt, so kann die Sache sich ganz leicht anders wenden — und der Chef ist futsch.

Schmuck: Also schweigen wir aus patriotisch blutendem Herzen. Fliegen wir nicht der Sonne der Majestät zu nothe. Schweigen wir, um dem Ausland nicht das Schauspiel germanischer Entartung zu bieten.

Geheimrat: Ausgezeichnet! Sie haben bereits auch die Motive für den Fall, daß später doch geredet werden muß, warum jetzt geschwiegen wurde. Und übrigens, ich hoffe, Herr Harden wird weiter reden.

Schmuck: Herr Geheimrat, Sie behandeln uns schlecht. Der Verleger hat mit einem groben Brief geschrieben. Alle Welt ist voll von dem Skandal, nur nicht das Organ, das in erster Linie die Aufgabe hat, dieser Welt die Meinung zu machen. Ich habe Diskretion gewahrt.

Geheimrat: Ja, mein lieber, das ist für uns selbst überraschend gekommen. Die Schnelligkeit dieser Entstehung und dieser radikale Erfolg hat uns sogleich unvorbereitet getroffen. Binnen 24 Stunden die ganze Sippe aus der Sonne gejagt — wer hätte das erwartet! Aber, Doktor, Sie sind zu höheren berufen, als bloß die Nachricht von der Versprengung der Tafelrunde zu bringen. Die Dinge drohen über unseren Kopf hinwegzuschnellen. Ein Weltkandal entwickelt sich. Ich sehe voraus: Wenn das erste englische Blatt oben zu Gefecht kommt, in dem von der Verrottung der preußischen Armee die Rede ist, dann schlägt der Wind um und wir sind alle verloren. Es ist gefährlich, zu viel zu sagen.

Schmuck: Die Scherleute haben auf eigene Faust operiert und den Skandal in den Bereich der Habel verwiesen. Der Mann hat eine seine Witterung; wenn er Liebenberg nicht verläßt, sollten wir dann nicht auch —

Geheimrat: Auf keinen Fall! Das Experiment könnte Erfolg haben. Finden Sie etwas anderes, Doktor.

Schmuck: Da bleibt nur eins übrig. Es ist mir nötig, Ihnen oberste Leitsatz anzumelden, Herr Geheimrat. Die Sonne der Majestät muß allezeit strahlen! Gibt es denn eine herrlichere Gelegenheit, diese Strahlung zu steuern!

Geheimrat: Heute versiehe ich Sie wirklich nicht, lieber Doktor. Der Fall scheint mir verzweifelt.

Schmuck: Warum Sie: Ich habe die Skizze schon beieinander. So läßt es sich drehen: Ein ahnungsloser Thron — die Sünden der Welt dringen nicht zu seiner steilen Höhe — aber da ist der junge Herr, der Sohn, meine ich, der älteste — Warum sollte nicht ein Prinz einmal von uns als Marquis Wosa verkleidet werden — Eine herrliche Szene — Er tritt vor seinen Vater mit den Zukunftsbesten in den Hand — Vater, das gehört in deiner Nähe vor, als Mann und Sohn fühle ich mich verpflichtet, die Wahrheit dir zu berichten — Die große Szene muß noch ein wenig ausgemalt werden — schreckliche Losbrechen des heiligen Gewitters — Verschneiter der Schuldigen — die Sonne Seiner Majestät geht in diesem Reich nicht unter — wieder beweisen, daß Monarchie die einzige Gewähr für sofortige Auslösung unlauteren Elementes — Kühnheit und Unerdlichkeit, mit der Schuldige, seien sie noch so hoch, sofort auszuweichen, beweist die Gewandtheit unserer Kettenträume und den hohen Ernst, mit der Mission des eterni Dieners des Staates aufgefaßt — Sonne der Majestät leuchtet heller als je zuvor...

Geheimrat: Ausgezeichnet. Telephonieren Sie sofort.

Schmuck: Dringend!

Geheimrat: Wir war die Sache nie ganz gebeut. Das war alles viel zu sein. Jetzt haben wir die Sicherung. Harden als Staatsreiter — das durfte nicht sein. Das hat alles verdorben. Ich kann Ihnen, Herr Doktor, den Vorwurf nicht erparen, daß auch Sie des Guten zuviel getan haben. Die Freivertretung war eine kapitale Dummkheit. Zeigt Ihnen mir in der Tinte.

Schmuck: Ich verdienne Ihre Vorwürfe nicht. Ich habe bereits gestern alle Hände gegen Harden losgeföhrt und Moltke ins Kutterloch verklagt. Schneller konnte ich den Übergang ins andere Lager unmöglich vollziehen. Das ist die Lösung und die Lösung. Ich werde mein möglichstes tun.

Geheimrat: Ich fürchte, es wird nichts mehr helfen, der Chef ist geliefert.

Geheimrat: Sie haben nicht den richtigen Ton getroffen. Alles kommt jetzt darauf an, festzustellen, daß es keine Kamarilla gibt, daß Ehemänner leichtfertig von einem Buben verleumdet werden sind.

Schmuck: Gestatten Sie —

Geheimrat: Gestatten Sie mich auszudenken. Ich will Ihnen diktionieren. Schreiben Sie: Die bodenlose Leichtfertigkeit, mit der Harden auf die Phantasien einer hysterischen Frau die schamhaftesten Verdächtigungen unbedeckter Gelehrte ausgesprengt, verdient die schwere Sühne —

Schmuck: Verzeihen Sie, Herr Geheimrat —

Geheimrat: (ungeduldig) Schreiben Sie! Wenn ein erfahrener Publizist, wie der Herausgeber der Saktunst auf Grund eines so lächerlichen Materials die ungeheuren Verdächtigungen gegen die ersten Männer des Staates zur Schadenfreude des ganzen Auslandes erhebt —

Schmuck: Herr Geheimrat, das kann ich nicht schreiben. Zum erstenmal in meinem Leben muß ich —

Geheimrat: (drohend) Herr Doktor Schmuck, ich will nicht hören, daß Sie Sozialdemokrat geworden sind. Ich muss Ihnen natürlich vollständig überlassen, was Sie nach Ihrer unabhängigen Überzeugung zu schreiben für gut befinden. Ich habe niemals die Unabhängigkeit der Presse irgendwie anzutasten versucht, oder die unbedeckte Meinung zu beeinflussen gewagt, aber wenn die Presse uns in dieser schweren Stunde im Stich läßt, so darf sie sich nicht wundern, wenn sie künftig verschlossene Türen findet und Ihnenformationen —

Schmuck (schnell bei dem Wort zusammen, stehend): Aber so hören Sie doch nur, Herr Geheimrat, so geht es wirklich nicht. Man kann doch nicht von bodenloser Leichtfertigkeit reden, wo er doch die Akten gelesen hat. Schmuckes Zeugnis hatte und Bismarcks Äußerungen, der doch schließlich nicht irgend ein jemand gewesen ist —

Geheimrat: Und dennoch müssen wir von bodenloser Leichtfertigkeit sprechen. Bismarck ist tot. Er war der Saktarmen des 19. Jahrhunderts, im 20. haben wir andere Saktarmen zu berücksichtigen.

Schmuck: Mag sein, es geht aber doch nicht. Bedenken Sie doch! Eben erst habe ich den jungen Prinzen wegen

